

Der Zerfall des 'einheitlichen Informationsraums' in Rußland und der ehemaligen Sowjetunion. T. 1: Presselandschaft

Hübner, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hübner, P. (1995). *Der Zerfall des 'einheitlichen Informationsraums' in Rußland und der ehemaligen Sowjetunion. T. 1: Presselandschaft.* (Berichte / BI Ost, 49-1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42094>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. © 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0435-7183

Inhalt

Seite

Kurzfassung	
.....	
3	
Einleitung	
.....	
7	
1. Der Schwund der Moskauer Presse in der russischen Provinz	
.....	
11	
Gründe des Schwunds.....	18
Allgemeiner Auflagenrückgang.....	18
Zusätzliche Handicaps der zentralen Presse in der Provinz.....	21
Der begrenzte Aufschwung der Provinzpresse.....	27
2. Der Rückgang der Moskauer Presse in der GUS und im Baltikum	
.....	
33	
Abkürzungsverzeichnis	
.....	
36	
Summary	
.....	
38	

30. August 1995

Peter Hübner

Der Zerfall des "einheitlichen Informationsraums" in Rußland und der ehemaligen Sowjetunion

Teil I: Presselandschaft

Bericht des BIOst Nr. 49/1995

Kurzfassung

Vorbemerkung

"Einheitlicher Informationsraum" ist ein oft nostalgisch gefärbter Begriff der neueren russischen politischen Terminologie im Zusammenhang mit Bemühungen um die Reintegration der GUS und die Bewahrung der staatlichen Einheit Rußlands. Die Nostalgie bezieht sich auf den Moskau-zentrierten "einheitlichen Informationsraum", der einst - auf der Basis des Macht- und Informationsmonopols der KPdSU - bis nach Mitteleuropa und Ostasien reichte, der aber von sowjetischen Politikern nie erwähnt wurde, weil seine Attribute - Geheimpolizei, Zensur, Mißachtung der Menschenrechte - imageschädigend waren. Dieser "einheitliche Informationsraum" ist seit den 50er Jahren stufenweise immer mehr zerfallen. Hauptfaktoren waren die Emanzipation von Staaten im sowjetischen Hegemonialbereich, westliche Rundfunksendungen, Samisdat und Menschenrechtsbewegung sowie Glasnost, die im sowjetischen Mediengesetz von 1990 gipfelte. Obgleich sie von ihrem ursprünglichen Förderer M. Gorbatschow wegen ihrer systemzerstörenden Wirkung schon ab 1987 massiv behindert wurde, förderte sie doch die Entmachtung der KPdSU und den Zerfall der UdSSR entscheidend. Letzterer markierte eine weitere Stufe des Zerfalls des "einheitlichen Informationsraums", der sich dann mit der Aufwertung der Subjekte der Rußländischen Föderation (Föderationsvertrag 1992, neue Verfassung der RF 1993) fortsetzte. Der Zerfall, der Ursache und Spiegel des Machtverfalls Moskaus ist, ist auch heute nicht abgeschlossen, weder in der RF noch in der GUS. Teil I befaßt sich mit dem Zerfall der vormals Moskau-zentrierten Presselandschaft in Rußland und der ehemaligen Sowjetunion.

Ergebnisse

1. Der Schwund der Moskauer Presse in der russischen Provinz:

Eine Erhebung des russischen Pressekomitees hat Mitte 1994 ergeben, daß die zentrale Moskauer Presse in der russischen Provinz kaum noch präsent ist. Ihr Einfluß "endet an der Moskauer Ringautobahn". Die zentrale Presse kann heute nur noch sehr wenig für den Erhalt des "einheitlichen Informationsraums" in Rußland tun.

Abgesehen von der schon im sowjetischen Mediengesetz von 1990 angelegten und damit faktischen Dezentralisierung der Presselandschaft sind folgende Gründe des Schwundes zu nennen:

- *Der allgemeine Auflagenrückgang:*

Die durch die reformbedingte (Preisfreigabe, Subventionskürzung u.a.) Kostensteigerung bei Herstellung, Vertrieb etc. ausgelöste extreme Verteuerung der Presse hat, verstärkt durch Geldentwertung und sinkende Realeinkommen der Lesermasse, zu einem massiven Absatzrückgang und der Auflagezahlen ganz allgemein und damit auch zu einem Leserschwund der Zentralpresse in der Provinz geführt. Die Verteuerung ist auch Ursache für den enormen Rückgang der in Rußland traditionell starken Abopresse und die Aufwertung des Freiverkaufs. Dieser Strukturwandel begünstigt die lokale Presse und benachteiligt die stark auf den überregionalen Abonnementsvertrieb orientierte zentrale Presse.

- *Zusätzliche Handicaps der zentralen Presse in der Provinz:*

Abgesehen von den im Vergleich zur Provinzpresse drei- bis viermal höheren Herstellungskosten zentraler Zeitungen wird deren Verbreitung in der Provinz durch extrem hohe Zustellungskosten behindert, die bis zum Siebenfachen des eigentlichen Zeitungspreises gehen können. Die von den Postverwaltungen oft willkürlich festgesetzten Zustellungstarife und die der Post von der Bahn abverlangten, von 1991 bis 1994 nominell um mehr als das 10.000fache erhöhten Transportgebühren, haben zu einer derartigen Verteuerung und gleichzeitig zunehmenden Unzuverlässigkeit der Pressezustellung in der Provinz geführt, daß Abonnenten massenweise kündigten. Auf diesem Hintergrund beginnen sich alternative Zustellsysteme zu entwickeln.

- *Der begrenzte Aufschwung der Provinzpresse:*

Die regionale und lokale Presse profitiert vom Schwund der zentralen Presse in der Provinz. Die Tagesauflage der Provinzpresse überflügelte die der zentralen Presse 1993 um sieben Mio. Exemplare, 1994 bereits um 11 Mio. Sie profiliert sich durch größere Aktualität und Nähe zu der sich administrativ, ökonomisch, politisch und mental von Moskau entfernenden Provinz, die in den Moskauer Medien zudem kaum vorkommt. Die Provinzpresse ist dabei politisch eigenwillig, oft von lokalen Administrationen (als Geldgeber und Mitbegründer) abhängig und gegängelt, was wiederholt offiziell in Moskau beanstandet wurde. M. Poltoranin, Vorsitzender des Dumausschusses für Informationspolitik, strebt seit langem an, staatliche Institutionen als Begründer von Printmedien überhaupt auszuschließen, um insbesondere diese Abhängigkeit der Provinzpresse einzuschränken. Entsprechende Gesetzesänderungen sind aber bisher sowohl vom Föderationsrat wie vom Präsidenten offenbar aus Rücksicht auf die Provinzadministrationen abgelehnt worden. Auch andere, von Poltoranins Ausschuß in einem Presseunterstützungsgesetz vorgesehene Maßnahmen zur Stärkung der finanziellen Unabhängigkeit der Presse ("Nationaler Entwicklungsfonds", "Staatsauftrag", steuerliche und andere geldwerte Vergünstigungen) sind aus fiskalischen und politischen Gründen (Ablehnung neuer zentraler staatlicher Institutionen zur Presseförderung) von

Föderationsrat und Präsident verhindert worden. Poltoranin kritisierte dies u.a. mit dem Hinweis, daß durch ausbleibende zentralstaatliche Unterstützung im ersten Halbjahr 1995 1.520 Periodika in 72 Subjekten der RF eingegangen seien. Trotz der schwierigen Finanzlage ist die Provinzpresse dennoch insgesamt inhaltlich relativ unabhängig geblieben. Der Rückzug der zentralen Presse aus der Provinz hat dort eine zunehmende Unkenntnis über Moskauer und internationale Vorgänge zur Folge. Umgekehrt ist man in Moskau sehr wenig über die Provinz orientiert, was zu schwerwiegenden Fehlentscheidungen führt. Auf längere Sicht kann sich allerdings die in Ansätzen bereits existierende Informationsvernetzung von Zentrum und Provinz durch moderne Informations- und Kommunikationstechnik unter Einbeziehung der Massenmedien wieder verbessern.

2. Der Rückzug der Moskauer Presse aus dem "nahen Ausland":

Außer auf ökonomische Gründe (Papierverteuerung durch russische Exportzölle und Anstieg der Papierpreise auf Weltmarktniveau infolge wachsenden Exports und Vordringens ausländischer Papierkonzerne nach Rußland) ist dieser fast vollständige Rückzug aus den meisten Staaten des "nahen Auslands" auf die dortige vorrangige Entwicklung der jahrzehntelang vernachlässigten nationalen Medien zurückzuführen. Hinzu kommen spezifische Vorbehalte gegen Moskauer Blätter: im Baltikum, in der Ukraine und der Moldau gegen kommunistische und neoimperiale Publikationen, in den kaum demokratisch orientierten mittelasiatischen Staaten und Weißrußland gegen die demokratische Moskauer Presse.

Gegen den weiteren Zerfall des ehemaligen Moskau-orientierten einheitlichen Presseinformationsraums arbeitet seit April 1994 die von 12 GUS-Staaten finanzierte Zeitung "SNG: Obščij rynok" (GUS: Gemeinsamer Markt), die zunächst die ökonomische Reintegration durch gesicherte Information aus den GUS-Staaten fördern und propagieren soll. Trotz Anlaufschwierigkeiten (ausbleibende Mittel einiger Trägerstaaten), soll das Wochenblatt nach Moskauer Plänen künftig regelmäßig und in höherer Auflage - dazu auch in Sprachen des "fernen Auslands" - erscheinen. Längerfristig ist jedoch - mit dem gleichen Ziel der Reintegration - an computergestützte Informationsaustauschsysteme unter den GUS-Staaten gedacht.

Einleitung

"Einheitlicher Informationsraum" ist ein Begriff der neueren russischen politischen Terminologie, der wie andere ähnliche Termini ("einheitlicher" Wirtschafts-, Zoll-, Rubel-, Wissenschaftsraum, "nahes Ausland" etc.) Ausdruck eines vorwiegend von Rußland getragenen Strebens nach ökonomischer und politischer "Reintegration" vor allem der GUS-Staaten ist. (Auch "Reintegration" ist ein neuerer offiziöser Begriff, der bezeichnenderweise den nach der Auflösung der UdSSR zunächst gebräuchlichen Begriff "Integration" abgelöst hat.) "Einheitlicher Informationsraum" hebt jedoch auch auf die Desintegration der Medienlandschaft in Rußland selbst ab: Ihn gelte es zu retten oder wiederherzustellen.¹ Dabei schimmert häufig die nostalgische Vorstellung einer zentral von Moskau beaufsichtigten Informationspolitik alter Art durch.

Als es den "einheitlichen Informationsraum" noch gab, sprach kein russischer bzw. sowjetischer Politiker öffentlich von ihm, weil seine Voraussetzungen, nämlich das von der KPdSU monopolisierte Informationssystem und seine Attribute (Normensetzungskompetenz einer Machtelite, geheimpolizeiliche Überwachung der Gesellschaft, Verfolgung und Ausschaltung konkurrierender Informationsquellen, Störsender, Zensur, Mißachtung der Meinungs-, Informationsfreiheit, der Unverletzlichkeit des Brief- und Fernmeldegeheimnisses etc.), allzu schlecht mit den hochtrabenden Propagandasprüchen über die angeblich umfassende Achtung der Menschenrechte in der UdSSR und über die dort angeblich besser als im Westen entwickelte Demokratie harmonierten. Erörterungen über das Informationsmonopol, Zensur u.ä. wurden tabuisiert und fielen selbst der Zensur zum Opfer.

Das Macht- und Informationsmonopol der KP hatte einst unter Stalin für einen "einheitlichen Informationsraum" im Bereich der Sowjetunion gesorgt, der nach dem zweiten Weltkrieg bis nach Mittel- und Südosteuropa sowie Ostasien ausgeweitet wurde. Er bröckelte nach Stalins Tod alsbald mit der zunehmenden - zunächst unter nationalkommunistischem Vorzeichen stattfindenden - politischen Emanzipation der mittel- und südosteuropäischen sowie der fernöstlichen Staaten immer mehr ab.

In der Sowjetunion, wo das Informationsmonopol der KP einen einheitlichen gesamtrossischen Informationsraum geschaffen hatte, wurde dessen Kohärenz nach Stalins Tod durch die westlichen Radiosender (RL/RFE, BBC, VOA, Deutsche Welle, Radio Vatikan

¹ Vgl. z.B. den Beschluß der Staatsduma "Über die Erfüllung von Art. 29 der rußländischen Verfassung" (Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit) vom 10.2.1995 (s. RG, 1.3.1995), der "die Erhaltung des einheitlichen Informationsraums der Russischen Föderation" als "Prinzip" der Informationspolitik postuliert, die die Meinungs- und Informationsfreiheit zu garantieren hat. Aber weder die Verfassung noch das Presse- (Medien)gesetz kennt ein solches Prinzip; auch der Begriff selbst taucht dort nicht auf.

u.a.), seit Ende der fünfziger Jahre durch den sich allmählich entwickelnden Samisdat stark beschädigt.

Die seit Ende der sechziger Jahre aktive Menschenrechtsbewegung und ihre 1968 gegründete wichtigste Zeitschrift, die "Chronik der laufenden Ereignisse", machten Art. 19 der Allgemeinen Menschenrechtsdeklaration von 1948 (Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit) zum Leitsatz ihres Handelns. Sie zielten damit auf den wohl wichtigsten Grundpfeiler des kommunistischen Systems - die totale Informationskontrolle: Sie taten dies in der richtigen Überzeugung, daß Informationskontrolle und Zensur Grundlage des Unwissens, der Manipulierbarkeit der Menschen ist und Unfreiheit der Bürger sowie unkontrollierte Macht einer Elite bedeutet, während die Meinungs- und Informationsfreiheit die Basis der Demokratie und der Achtung aller anderen Grund- und Menschenrechte ist. Dieser prinzipielle Angriff auf das Informationsmonopol der KPdSU zielte auch auf den darauf gründenden "einheitlichen Informationsraum" in der UdSSR. Die Menschenrechtsverteidiger (Dissidenten) verlangten auch schon lange vor Gorbatschow "Glasnost" (Öffentlichkeit), vor allem Öffentlichkeit der Prozesse gegen Dissidenten, die von den sowjetischen Behörden hinter verschlossenen Türen oder vor einem bestellten Spezialpublikum durchgeführt wurden, um gerade Öffentlichkeit zu vermeiden.

Als Gorbatschow ab 1986 Glasnost propagierte, war Glasnost für ihn lediglich ein Instrument, um das existierende ineffektive System durch öffentliche Aufdeckung gewisser Mängel vor allem im Bereich der Wirtschaft wieder effektiv zu machen, dadurch das verlorengegangene Prestige der KPdSU wieder zu stärken. Dieses funktionale Verständnis von Glasnost bedeutete zugleich, daß Glasnost die Grundlagen des Systems, das Machtmonopol der KPdSU, nicht in Frage stellen durfte.

Aber Glasnost ließ sich nicht in diesem funktionellen Rahmen halten. Ein sowjetisches Tabu nach dem anderen wurde von wahrheitshungrigen Journalisten vor einem wahrheitshungrigen Publikum zur Sprache gebracht.

Daß Glasnost eine Gefahr für das System bedeutete, wurde den Herrschenden schon 1987 klar und veranlaßte sie zu Glasnost-feindlichen Gegenmaßnahmen: Abgesehen von allerlei Versuchen, die Medien und Journalisten durch administrative Maßnahmen wieder unter Kontrolle zu bekommen, wurden anfängliche Schritte, Glasnost auch gesetzlich zu verankern, wieder zurückgenommen: Ein Glasnostgesetzentwurf von 1987, der einen "gläsernen Staat" intendierte, stieß auf den Widerstand des Präsidiums des Obersten Sowjet und der Parteispitze

und wurde nicht weiter verfolgt.¹ Um ein weiteres Gesetz, nämlich das schon 1986 in der Gesetzesplanung vorgesehene Presse(Medien-)gesetz kam es zu einem zähen Ringen zwischen konservativen Kräften (der Ideologischen Kommission des ZK der KPdSU, dem Sekretariat des ZK der KPdSU, dem Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR) auf der einen Seite und liberal eingestellten sowjetischen Juristen um Ju. Baturin (heute Sicherheitsbeauftragter des russischen Präsidenten), Wl. Entin (der zusammen mit Baturin 1987 das o.g. Glasnost-Gesetz konzipiert hatte), und M. Fedotow (später russischer Presseminister), liberalen Journalisten, Abgeordneten des Obersten Sowjet auf der anderen Seite. Dem beharrlichen Bemühen von Baturin, Entin und Fedotow, die einen liberalen Gesetzentwurf erarbeitet hatten, ist es zu verdanken, daß dieser Entwurf 1990 im wesentlichen Gesetz wurde. Von seiten des ZK-Sekretariats (Generalsekretär: M. Gorbatschow) und vom Präsidium des Obersten Sowjet (Vorsitz ab Sept. 1989: M. Gorbatschow) wurde, um nach dem Glasnost-Gesetz auch dieses Gesetz zu verhindern, von 1987 bis 1990 das Gesetzgebungsverfahren verzögert; dann, als die Initiative von Baturin, Entin, Fedotow in den parlamentarischen Raum gelangte, mit einem äußerst Glasnost-feindlichen Gegenentwurf für ein Pressegesetz gekontert. Als die Abgeordneten des Obersten Sowjet aber den Baturin-Entin-Fedotow-Entwurf zum Ausgangspunkt und zur Basis des parlamentarischen Gesetzeskonzepts machten, wurde von seiten des Präsidiums des Obersten Sowjet im Zusammenwirken mit der Parteispitze mit einem ganzen Arsenal von Tricks, Fälschungen, personellen Finten und Täuschungen versucht, aus diesem Gesetzentwurf entscheidende Elemente zu entfernen oder zu verwässern und Glasnost-feindliche Bestimmungen aufzunehmen. Bis auf wenige Ausnahmen gelang es aber, solche Änderungen abzuwehren, so daß insgesamt ein Gesetz entstand, dem eine epochemachende Bedeutung zukommt: Es verbot die Zensur, berechnete Bürger und unabhängige Organisationen, eigene Publikationsorgane ins Leben zu rufen, machte die Gründung von Periodika nicht mehr von einer behördlichen Genehmigung abhängig, sondern sah nur noch eine von leicht erfüllbaren Formalien abhängige Registrierung vor, legte ein weitgehendes Recht der Bürger und Journalisten auf Information über öffentliche Angelegenheiten sowie eine weitgehende Informationspflicht offizieller Stellen fest.²

Gorbatschows Rolle in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der KPdSU und als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR war bei der gesetzlichen

¹ Zu Konzeption, Material und Geschichte dieser Initiative vgl. Ju. Baturin, *Vozmožen li zakon o glasnosti?*, in: Ju. Baturin (Hg.), *Glasnost'. Mnenija, poiski, politika*, Moskva 1989, S. 267-341; auch: die von dem Dissidenten S. Grigorjanz seit 1987 herausgegebene *Samisdat*-Zeitschrift "Glasnost", Nr. 12 (November 1987), S. 15-17 (als Beilage zu "Russkaja mysl" (Paris) vom 27.5.1988 nachgedruckt). Diese *Samisdat*-Zeitschrift ist nicht zu verwechseln mit der späteren, von der KPdSU herausgegebenen gleichnamigen Propagandazeitschrift "Glasnost".

Verankerung von Glasnost und Pressefreiheit nicht gerade die eines Glasnost-Vorkämpfers, als der er bis heute im Westen gilt. Gorbatschows einseitiges oder funktionales Glasnost-Verständnis und sein gebrochenes Verhältnis zur Presse- und Informationsfreiheit zeigte sich auch in der Folgezeit noch öfters: 1990 und 1991 in Maßnahmen zur Neuordnung der staatlichen elektronischen Medien, die den Einfluß der zentralen Stellen und Gorbatschows selbst gegenüber den russischen und überhaupt den Unionsrepublik-Stellen stärken sollten (dies war ein wichtiger Schauplatz der Auseinandersetzung mit Jelzin); im Januar 1991 in der Duldung und billigenden Inkaufnahme von Gewaltmaßnahmen mit Todesfolge gegen das litauische Fernsehzentrum in Vilnius und im anschließenden (erfolglosen) Versuch, das erst im August 1990 in kraft getretene Presse(Medien-)gesetz auszusetzen.

Dieses Gesetz bedeutete die Zerstörung der inneren Strukturen des bisherigen von der KPdSU kontrollierten Moskau-zentrierten "einheitlichen Informationsraums" in der UdSSR: Der gesamtrussische Informationsraum sowjetischer Prägung verschwand.

Dennoch konnte man auch weiterhin von einem gesamtrussischen Informationsraum insofern sprechen, als die großen, weiterhin staatlich gebliebenen zentralen elektronischen Medien (Fernsehen und Rundfunk) und die großen traditionellen Moskauer Zeitungen gegenüber den in ihrer Entwicklung durch das jahrzehntelange Moskauer Informationsmonopol gebremsten regionalen und nationalen Medien qualitativ besser und deshalb tonangebend waren. Aber schon 1990 begann die Vorherrschaft der Moskauer Medien in den Unionsrepubliken und in der russischen Provinz deutlich zurückzugehen: Das Presse(Medien)gesetz stimulierte nicht nur die ideologisch-politische, sondern auch die organisatorische und geographische Dezentralisierung der Medienlandschaft.

Die Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 bedeutete, daß der "einheitliche Informationsraum" weitere tiefe Risse bekam. Die Aufwertung der Gebietseinheiten der RSFSR (bzw. der RF) zu Föderationssubjekten der RF, denen im Föderationsvertrag von 1992 und in der neuen rußländischen Verfassung vom Dezember 1993 weitreichende Kompetenzen eingeräumt wurden, förderte einen analogen Zerfall auch innerhalb der RF.

Diese allgemeine Tendenz hält heute sowohl bei den Printmedien als auch bei den elektronischen Medien in Rußland wie in den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion an.

² Zur Geschichte und zu den Auseinandersetzungen um dieses wichtige, für die Demokratisierung zentrale sowjetische Pressegesetz, auf dem auch das heutige russische Presse(Medien-)Gesetz von 1992 basiert, vgl.: Ju. Baturin, M. Fedotov, V. ntin, Kakim byt' zakonu o peèati, in: Ju. Baturin (Hg.), Glasnost'. Mnenija, poiski, politika, Moskva, 1989, S. 341-364; U.S. Policy Information and Texts, No. 165A, 14.9.1987 (nach: The Wall Street Journal, 9.9.1987); Ju. Baturin, in: The Woodrow Wilson Center Report, Nov. 1990, S. 1-2; RFE/RL Daily Report, No. 19, 27.1.1989; M. Fedotov, Kak oni nas pravili, in: Demokratièeskaja Rossija, 1 (Juli), 1990, S. 1; V. Tolz, in: RL 647/1988, S. 5; Archiv Samizdata 6311, in: Materialy Samizdata, vyp. 52/88 vom 9.12.1988; N. Fedorov, in: MN, 11, 1990, S. 14; G. Šachnazarov, in: Žurnalist, 1, 1990, S. 9; A. Sacharov, in: RM, 11.11.1988; A. Jarošinskaja, in: Iz, 26.6.1990; Žurnalist, 3, 1990, S. 21.

Die stufenweise Auflösung des Moskau-zentrierten "einheitlichen Informationsraums" ist nicht nur Spiegel, sondern vor allem Ursache des Machtverfalls Moskaus, weshalb manche Politiker in Rußland und anderen GUS-Staaten in dessen Wiederherstellung eine Voraussetzung für einen neuen einheitlichen Machtraum sehen. Erst die zunehmende Auseinanderentwicklung der Medien in Rußland und der ehemaligen Sowjetunion hat vor allem in Rußland den Ruf nach Erhaltung bzw. Wiederherstellung des "einheitlichen Informationsraums" und einige entsprechende Initiativen ausgelöst.

Aber die Zeit der Vorherrschaft der Moskauer Medien in Rußland und die Vorherrschaft russischer Medien in den übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion scheint vorüber zu sein, wie die unten dargelegten Fakten nahelegen.

1. Der Schwund der Moskauer Presse in der russischen Provinz

Daß der Einfluß der Moskauer Presse "an der Moskauer Ringautobahn endet"¹, bestätigt im wesentlichen eine zum 1.8.1994 durchgeführte Erhebung des Pressekomitees der RF. Sie sollte feststellen, in welchen Städten und in welcher Auflage zwölf wichtige Moskauer Tageszeitungen (d.h. Zeitungen mit 3-5maliger Erscheinungsweise pro Woche) und eine Wochenzeitung erscheinen, die traditionell außer in Moskau in insgesamt 33 großen Provinzstädten, darunter auch St. Petersburg, auch dezentral gedruckt werden.² Von den dort erfaßten 13 zentralen Blättern erscheinen acht fünfmal wöchentlich (RG, RV, Iz, Sov. Sport, Pr, Trud, Gudok, Koms. pr.), eine viermal (RT), drei dreimal (SŽ, KZ, SR), eine einmal (AiF).³ Aus dieser Erhebung ergibt sich:

Von der in Moskau und in der Provinz (einschließlich St. Petersburg) gedruckten maximalen Tages-Gesamtauflage dieser Zeitungen (in Höhe von 6,04 Mio. Exemplaren, an Wochenenden 6,36 Mio.), die die Abonnementsauflagen, die Einzelverkaufsauflagen und die unmittelbar von der Druckmaschine in die Makulatur wandernden Teilauflagen (eine angeblich "recht verbreitete Praxis"⁴) umfaßt, wurden 2,282 Mio., d.h. etwa 38%, in Moskauer Druckereien gedruckt und dementsprechend in Moskau, im Gebiet Moskau und einigen anliegenden Gebieten sowie im Ausland vertrieben. In den 33 sonstigen Druckorten der RF wurden 3,76

¹ Ju. Sal'nikova, "Privatizirovannoe" obščestvennoe mnenie: baza demokratii ili orudie bogatyč?, in: Sg (Segodnja), 27.5.1994.

² Spravka o pečati osnovnyh obščerossijskich gazet v punktach decentralizovannoj pečati i gorode Moskve po sostojaniju na 1.8.1994, in: RG, 18.8.1994.

³ Auflösung der Abkürzungen: RG (Rossijskaja gazeta), RV (Rossijskie Vesti), Iz (Izvestija), Sov. Sport (Sovetskij Sport), Pr (Pravda), Koms. pr. (Komsomol'skaja pravda), RT (Rabočaja tribuna), SŽ (Sel'skaja žizn'), KZ (Krasnaja zvezda), SR (Sovetskaja Rossija), AiF (Argumenty i fakty).

⁴ Tiraži: opjat' dvadcat' pjat', in: RG, 18.8.1994.

Mio. (an Wochenenden 4,08 Mio.) Exemplare gedruckt, was einem Anteil von 62% an der Gesamtauflage entspricht. Schon aus diesen Zahlen ergibt sich, wie wenig die Moskauer Presse die Masse der Bevölkerung außerhalb Moskaus erreichen kann. Schon im *Gebiet* Moskau ist die Moskauer Presse - so ist aufgrund der dort erheblich teureren Zustellung anzunehmen¹ - sehr viel schwächer vertreten, so daß der überwiegende Teil der in Moskau gedruckten Auflage wohl tatsächlich auch nur in der Stadt Moskau abgesetzt wird.

Einen Überblick über die Auflagen der auch dezentral gedruckten zentralen Blätter in der russischen Provinz, über die "Dichte" der zentralen Presse insgesamt und der einzelnen Blätter in der Provinz gibt die folgende Tabelle, die auf den Angaben der o.g. "Spravka" des Pressekomitees der RF basiert:

¹ S. u. S. 15ff.

Auflagen von 13 wichtigen zentralen Zeitungen, die in Moskau und dezentral gedruckt werden (Stand 1.8.1994)

Druckort	Maximale Gesamtauflagen aller dort gedruckten zentralen Zeitungen*		Zahl der dort gedruckten Titel	Auflagen der einzelnen Zeitungen in den einzelnen Druckorten sowie Erscheinungsweise pro Woche (Leerfeld bedeutet: wird dort nicht gedruckt)												
	alle Blätter	nur Tageszeitungen		<i>AiF</i> 1 x	<i>Koms. pravda</i> 5 x	<i>RG</i> 5 x	<i>Tруд</i> 5 x	<i>Izvestija</i> 5 x	<i>Sel'sk. žizn'</i> 3 x	<i>Sov. Ros-sija</i> 3 x	<i>Sov. Sport</i> 5 x	<i>RV</i> 5 x	<i>Gudok</i> 5 x	<i>Raboč. tri-buna</i> 4 x	<i>Pravda</i> 5 x	<i>Kras. zvez-da</i> 3 x
Rostow am Don	312.928	174.853	9	138.075	27.000	-	48.167	19.352	15.814	9.397	1.032	-	4.846	6.450	-	-
Nowosibirsk	288.149	189.689	10	98.460	8.169	98.460	31.000	18.000	22.700	22.000	-	30.000	2.800	5.000	-	-
St. Petersburg	242.428	125.351	10	117.077	11.786	20.465	25.000	31.000	7.100	6.000	5.000	14.500	-	-	4.500	-
Krasnodar	240.909	121.609	7	119.300	26.080	-	40.900	18.880	13.464	14.885	7.400	-	-	-	-	-
Irkutsk	231.983	110.356	6	121.627	38.357	12.930	39.439	12.514	-	-	-	-	7.116	-	-	-
Samara	204.600	141.600	8	63.000	42.000	-	32.600	13.800	18.500	14.000	14.200	-	-	-	6.500	-
Min. Wody	180.191	94.129	6	86.062	25.223	11.889	30.600	17.417	9.000	-	-	-	-	-	-	-
Nishnij Nowgorod	179.207	101.207	8	78.000	21.000	15.923	33.206	8.688	13.500	-	5.630	-	-	3.260	-	-
Jekaterinburg	174.743	97.871	8	76.872	17.995	-	23.831	23.441	14.873	-	9.587	-	-	-	3.158	4.987
Tscheljabinsk	142.517	55.878	5	86.639	-	13.475	17.196	10.128	-	15.079	-	-	-	-	-	-
Krasnojarsk	139.808	64.408	8	75.400	11.863	10.300	20.956	7.755	-	-	4.546	2.822	6.166	-	-	-
Wladiwostok	135.053	69.503	5	65.550	30.700	15.203	18.700	-	-	-	-	-	-	-	-	4.900
Wolgograd	124.069	53.002	9	71.067	14.962	10.998	-	8.711	6.448	5.879	-	-	-	-	-	-

Woronesh	112.442	45.892	4	66.550	-	-	27.709	9.300	-	8.863	-	-	-	-	-	-
Tjumen	106.607	35.482	5	71.125	6.487	9.681	17.400	-	-	-	-	1.914	-	-	-	-
Ufa	106.233	51.600	5	54.633	-	8.000	26.600	6.000	10.000	-	-	-	-	-	-	-
Perm	96.192	43.900	3	52.292	22.000	21.900	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kasan	83.650	29.886	4	53.764	-	8.836	-	9.500	-	-	11.550	-	-	-	-	-
Lipezk	78.506	24.492	2	54.014	24.493	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Blagoweschtschensk	77.081	24.266	6	52.815	7.246	-	7.950	-	5.180	3.093	-	797	-	-	-	-
Orenburg	75.005	30.308	4	44.697	12.100	6.338	10.870	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kemerowo	74.928	37.008	3	37.920	13.600	-	23.408	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Saratow	66.830	22.330	4	44.500	-	6.119	-	7.926	8.285	-	-	-	-	-	-	-
Archangelsk	55.475	7.475	2	48.000	-	7.475	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tscheboksary	40.814	23.906	3	16.908	18.906	5.000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Uljanowsk	36.224	19.224	3	17.000	14.000	5.224	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Omsk	35.262	19.696	4	15.566	4.890	8.788	-	6.018	-	-	-	-	-	-	-	-

Murmansk	31.990	1.500	2	30.490	-	-	-	1.500	-	-	-	-	-	-	-	-
Barnaul	26.768	26.768	1	-	26.768	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kaliningrad	25.138	25.138	2	-	15.813	9.325	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kirow	24.437	0	1	24.437	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Pensa	14.647	14.647	1	-	-	14.647	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Astrachan	2.272	2.272	1	-	-	-	-	-	-	-	-	2.272	-	-	-	-
Dezentrale Gesamtauflage	3.763.043	1.885.459		1.877.584	453.391	315.500	975.532	219.930	144.863	99.216	58.945	54.333	20.928	16.831	16.103	9.887
Zahl der dezentralen Druckorte	33	32		29	24	21	18	18	12	9	8	6	4	4	4	2
Moskauer Auflage	2.282.800	1.357.800		925.000	230.000	130.000	180.000	245.000	110.000	100.000	47.000	33.000	67.800	30.000	80.000	105.000
Moskauer u. dezentrale Auflage	6.045.843	3.243.259		2.802.584	683.391	445.500	655.532	464.930	254.863	199.216	105.945	87.333	88.728	46.831	96.103	114.887
Anteil der dezentralen Auflage	62,24%	58,17%		66,99%	66,34%	70,81%	72,54%	47,30%	56,83%	49,80%	55,63%	62,21%	23,58%	35,39%	16,75%	8,60%

* maximale Gesamtauflage = die Gesamtauflage an einem Tag, an dem alle Blätter (Wochenzeitungen sowie Zeitungen mit 3-5maliger Periodizität pro Woche) erscheinen

Diese Tabelle zeigt sehr deutlich, daß die zentrale Moskauer Presse selbst in den größeren Provinzstädten nur noch relativ schwach vertreten ist:

Maximal werden in einem dezentralen Druckort 10 (von 13 genannten) zentrale Zeitungen gedruckt: in Nowosibirsk und St. Petersburg. In Rostow/Don sind es neun. In zwei Dritteln der Druckorte (21 von 33) werden dagegen nur ein bis fünf zentrale Titel gedruckt, in vier Druckorten (Barnaul, Kirow, Pensa, Astrachan) sogar nur einer. Im Schnitt erscheinen 4,84 zentrale Titel pro Druckort.

Gegenüber der in jeder Hinsicht an der Spitze liegenden Wochenzeitung "Argumenty i fakty" (größte dezentrale Gesamtauflage, größte dezentrale lokale Auflage, meiste Druckorte) fallen die Moskauer Tageszeitungen, die politische Aktualität vermitteln, merklich ab: Maximal erscheinen an einem Druckort (Nowosibirsk) ca. 190.000 Exemplare zentraler Tageszeitungen, die sich allerdings auf neun verschiedene Titel verteilen. Nur in sieben dezentralen Druckorten (Rostow/Don, Nowosibirsk, St. Petersburg, Krasnodar, Irkutsk, Samara und Nishnij Nowgorod) erreichen sie lokale Gesamtauflagen von über 100.000 Exemplaren, die sich dort aber auf sechs bis zehn Titel verteilen.

Die größte dezentrale Gesamtauflage erreichen von den Tageszeitungen: "Trud" (ca. 975.000 Expl.), "Komsomol'skaja pravda" (ca. 453.000 Expl.), "Rossijskaja gazeta" (315.000 Expl.) und "Izvestija" (ca. 219.000 Expl.).

Bei den Tageszeitungen erreicht die Regierungszeitung "Rossijskaja gazeta" die höchste Auflage pro dezentralen Druckort (98.460 Expl. in Nowosibirsk). An anderen Druckorten erreicht diese Zeitung maximal aber nicht einmal ein Viertel davon. An zweiter Stelle liegt "Trud" mit 48.167 Expl. in Rostow/Don, gefolgt von "Komsomol'skaja pravda" in Samara (42.000 Expl.) und wiederum "Trud" in Krasnodar (40.900 Expl.). In allen dezentralen Druckorten liegen die Auflagen der einzelnen Zeitungen ansonsten überall unter 40.000 Exemplaren, das Gros sogar unter 20.000. Im Schnitt entfallen auf jeden Titel pro Druckort nur knapp 9.000, bei den Tageszeitungen sogar nur knapp 5.000 Exemplare. In Kirow wird gar keine zentrale Tageszeitung mehr gedruckt. "AiF" hat dagegen allein in vier Druckorten Auflagen von über 100.000.

Die 13 genannten Zeitungen werden zudem keineswegs in allen 33 dezentralen Druckorten gedruckt. Die Spitze mit 29 Druckorten nimmt auch hier die Wochenzeitung "Argumenty i fakty" ein. Nur zwei zentrale Tageszeitungen werden in mehr als 20 Druckorten gedruckt ("Komsomol'skaja pravda": in 24; "RG": in 21), drei in mehr als zehn und die übrigen sieben in weniger als zehn Druckorten. Schlußlichter bilden die in der Provinz überproportional unpopulär gewordenen proletarisch bis kommunistisch orientierten Blätter "Gudok",

"Raboèaja tribuna", "Pravda" mit jeweils vier Druckorten und die Armeezeitung "Krasnaja zvezda" mit nur zwei Druckorten. Diese Blätter haben auch die geringste dezentrale Auflage (Gudok: 21.000 Expl., RT ca. 17.000; Pr ca. 16.000; KZ ca. 10.000 Expl.).

Obgleich die maximale dezentrale Gesamtauflage (= Gesamtauflage an einem Tag, an dem alle Blätter - Wochenzeitungen und Zeitungen mit 3-5maliger Periodizität - pro Woche erscheinen) aller 13 zentralen Zeitungen 62,24% der maximalen Gesamtauflage ausmacht (die Moskauer Auflage beträgt dementsprechend ca. 38%) - bei den Tageszeitungen ist das Verhältnis 58,17% zu 41,83%, obgleich also mehr als die Hälfte der maximalen Gesamtauflage der 13 genannten zentralen Blätter in der Provinz erscheint, so bedeutet dies keineswegs, daß sie in der Provinz präsenter sind als in Moskau, denn diese dezentrale Auflage aus 33 Druckorten verteilt sich auf eine wesentlich größere Fläche und Einwohnerzahl als in Moskau und Umgebung: Auf ca. jeden sechsten Einwohner Moskaus (9 Mio.) und des Gebiets Moskau (6,7 Mio.) entfällt maximal pro Tag ein Exemplar einer zentralen Zeitung, auf jeden zehnten ein Exemplar einer zentralen Tageszeitung. Dagegen entfällt maximal erst auf jeden 35. Einwohner Rußlands außerhalb von Stadt und Gebiet Moskau ein Exemplar einer zentralen Zeitung und nur auf jeden einundsiebzigsten ein Exemplar einer zentralen Tageszeitung: In Moskau/Gebiet Moskau ist die Leserdichte bei den genannten zentralen Blättern sechs- bis siebenmal höher als in der Provinz. Lediglich im Falle der "RG" könnte deren Dichte in Nowosibirsk höher sein als in Moskau.

Auch die Tatsache, daß viele zentrale Zeitungen heute nur in einem Teil der dezentralen Druckorte erscheinen, zeugt von ihrer schwachen Präsenz in der Provinz. Bei manchen Zeitungen ist überdies die Moskauer Auflage höher als die dezentrale Auflage ("Izvestija", "Sovetskaja Rossija", "Gudok", Raboèaja tribuna", "Pravda", "Krasnaja zvezda"). Von der geringen Höhe ihrer dezentralen Auflage und der geringen Zahl ihrer dezentralen Druckorte her haben die vier letztgenannten sogar jeden Anspruch auf überregionale Bedeutung vollständig verloren.

Was für die Verbreitung derjenigen zentralen Zeitungen gilt, die in Provinzzentren auch dezentral erscheinen, gilt verstärkt für diejenigen Moskauer Blätter, die nur in Moskau gedruckt werden (Tageszeitungen: MK, VM, Ku, NG, NeG, Sg; Wochenzeitungen: LG, Sb, MN, Km, Šèim, V, ME, OG, Z, St, R, UR, N)¹, selbst wenn sie ausnahmsweise neuerdings auch Druckorte in der Provinz haben bzw. hatten (wie die ursprünglich nur in Moskau erscheinende, im April 1993 gegründete NeG, die 1994 auch in Tscheljabinsk, Rostow/Don

¹ MK (Moskovskij komsomolec), VM (Veèernjaja Moskva), Ku (Kuranty), NG (Nezavisimaja gazeta), Sg (Segodnja); LG (Literaturnaja gazeta), Sb (Sobesednik), MN (Moskovskie novosti), Km (Kommersant), Šèim (Šèit i meè'), V (Vek), ME (Megapolis Express), OG (Obšèaja gazeta), Z (Zavtra), St (Stolica), R (Rossija), UR (Utro Rossii), N (Nedelja), NeG (Novaja ežednevnaia gazeta).

und Nowosibirsk erschien, die allerdings mittlerweile, wie auch NG, eingegangen ist).

Insgesamt bedeutet diese in den letzten Jahren eingetretene Entwicklung, daß die Moskauer Blätter in der Provinz praktisch kaum noch präsent sind und nur noch in Moskau selbst eine nennenswerte Leserdichte haben. Im Vergleich zu früheren Zeiten, als die Moskauer Presse im ganzen Land tonangebend und in hohen Auflagen präsent war, kann sie heute nur noch sehr wenig für den Erhalt eines "einheitlichen Informationsraums" in Rußland im alten Sinn tun.

Gründe des Schwunds

Die Gründe für diesen Funktionverlust der zentralen Moskauer Presse, den man auch als eine Normalisierung im Sinne einer Wegentwicklung vom vormaligen Informationsmonopol der Moskauer Medien sehen kann, sind vielfältig. Abgesehen von der Abschaffung der Zensur im Jahr 1990 und der direkten politischen Abhängigkeit der Presse, die per se eine Pluralisierung, eine ideologische und praktische Dezentralisierung der Presse bedeutete, sind vor allem folgende Faktoren entscheidend gewesen: zum einen der überwiegend ökonomisch bedingte enorme allgemeine Rückgang der Presse-Auflagenzahlen, zweitens die im Vergleich zu Moskau überproportionale Verteuerung der zentralen Presse in der Provinz, drittens die Unzuverlässigkeit ihrer Zustellung in der Provinz und viertens der ökonomisch und politisch bedingte relative Aufschwung der regionalen und lokalen Presse in den letzten Jahren, die der zentralen Presse Leser wegnimmt. Die einzelnen Faktoren werden im folgenden dargestellt.

Allgemeiner Auflagenrückgang

Die politische Befreiung der Presse, die die geistige Unabhängigkeit der Redaktionen und Journalisten bedeutete, war seit 1991 von einem ökonomischen Überlebenskampf begleitet: Die im Zuge der Einführung marktwirtschaftlicher Reformen durchgeführte Preisfreigabe, die enorme Kostensteigerung für Papier, Druckmaterialien, Druck, Vertrieb etc. bedeutete, des weiteren hohe Steuern, Subventionskürzungen, zwangen die Presseunternehmen, die Kosten auf die Kunden abzuwälzen. Nur ein Teil der Kosten (im Schnitt ca. 30%) läßt sich heute durch Werbeeinnahmen auffangen. Die Werbeeinnahmen sind allerdings noch im Steigen begriffen. Der Werbeumsatz von 15 führenden Zeitungen betrug im 1. Quartal 1993 2,8 Mrd. Rubel, im 1. Quartal 1995 wurden dagegen schon 150 Mrd. Rubel (ca. 40 Mio US-\$) erwartet.¹ Staatliche Subventionen, die ohnehin nur ca. 500 Periodika (von ca. 10.000) bis Ende 1994 erhielten, deckten nur 10% der Aufwendungen. Ohnehin "ist das Rinnsal der staatlichen

¹ A. Nazajkin, Na rynke rossijskoj pressy - buduščee za otečestvennymi korporacijami, in: Finansovye Izvestija, 9.2.1995.

Subventionen für die russische Presse in Jahr 1994 praktisch versiegt¹: Während 1994 noch 111 Mrd. Rubel im Haushalt vorgesehen waren, wurde die von Experten für das Überleben der Presse und der Verlage 1995 für nötig erachtete Summe von 237 Mrd. Rubel zunächst auf 144,2 Mrd. halbiert, dann jedoch auf Drängen des Duma-Ausschusses für Informationspolitik und Kommunikation unter seinem Vorsitzenden M. Poltoranin auf 89 Mrd. Rubel gekürzt, wobei allein an die Regierungszeitung RG über 81 Mrd. (nach anderen Angaben über 60 Mrd. Rbl) Rubel fließen sollten.² Für andere Periodika werden demnach 1995 keine Subventionen bereitgestellt.

Die durch den Kostendruck erzwungenen enormen Preisanhebungen verursachten einen starken Leserschwund, der in der Provinz wegen zusätzlicher Gründe (s.u.) erheblich höher war als in Moskau. Sinkende Realeinkommen förderten zusammen mit der galoppierenden Inflation auch eine strukturelle Änderung der Presse, nämlich die Schwächung der für Rußland traditionellen Abonnementspresse und ihren Wandel zu einer Freiverkaufspresse. Abonnements sind für viele Leser heute zu teuer. Auch für Presseunternehmen sind sie trotz der vor einigen Jahren wegen der Inflation vorgenommenen Umstellung von Jahres- auf Halbjahresabonnements unrentabel geworden, da die durch die Abo-Vorauszahlungen eingenommenen Mittel durch Inflation im Laufe eines halben Jahres stark entwertet werden und die Inflationsverluste vom Staat nicht kompensiert werden. Der Freiverkauf dagegen ist sowohl für den Leser, der sich kein Abonnement mehr leisten kann, wohl aber hin und wieder eine Zeitung am Kiosk kauft, vorteilhafter als auch für das Presseunternehmen, das den Verkaufspreis der Zeitung zusammen mit den Vertriebsunternehmen je nach Marktlage und Inflationsentwicklung freier kalkulieren kann (daher tragen Zeitungen in Rußland heute keine Preisangabe mehr, sondern den Vermerk "freier" oder "vertraglicher" Preis).

Diese ökonomischen Faktoren haben seit 1990, besonders aber seit 1992 zu einem drastischen allgemeinen Rückgang der Abonnements- und der Gesamtauflagenzahlen bei den zentralen Blättern geführt³: die Abonnementsauflagen von neun wichtigen Moskauer Tageszeitungen gingen von Januar 1992 bis Januar 1993 auf 40%, bei sechs zentralen Wochenzeitungen auf 28% der Zahlen von 1992 zurück. Bis Januar 1994 schienen sich die Abozahlen auf einem Niveau von 40-60% der Zahlen von Anfang 1993 zu stabilisieren. Aber die Hoffnungen trogen:

¹ A. Nazajkin, ebd.

² Gosdotacij presse bol'se ne vidat?', in: OG (Obščaja gazeta), 16.-22.12.1994, S. 12; S. Èugaev, Dumskij komitet po pečati stavit pod ugrozu suščestvovanie nezavisimoj pressy, in: Iz (Izvestija), 22.2.1995; N. Christoljubova, Komitet Michaila Poltoranina ob-javil bor'bu za konomičeskuju svobodu SMI, in: Sg (Segodnja), 24.2.1995; "RG" ne dolžna "žirovat", in: Og (Ogonek), 12, 1995 (März), S. 84; O federal'nom bjudžete na 1995 god (Haushaltsgesetz), in: RG, 7.4.1995.

³ Für die im folgenden angeführten Auflagezahlen vgl.: MN (Moskovskie Novosti), 4, 1993, B 10; RG, 24.12.1992, 24.6.1994, 18.8.1994, sowie die im Impressum der verschiedenen Zeitungen gemachten Angaben.

Im zweiten Halbjahr 1994 gab es noch einmal ein erdrutschartiges Absinken der Abo- und der Auflagenzahlen bei den meisten großen zentralen Zeitungen um durchschnittlich noch einmal zwei Drittel. Am härtesten wurde die RV (Rossijskie Vesti, Mitbegründer heute: die Präsidialadministration) getroffen, die nur noch ca. 10% der Abonnenten von Anfang 1994 halten konnte. Bei Pr (Pravda) waren es noch ein Sechstel, bei Iz ein Fünftel, bei SŽ (Sel'skaja žizn') weniger als ein Drittel der Abonnentenzahlen im ersten Halbjahr 1994. Insgesamt lagen die Aboauflagen der zentralen Zeitungen im zweiten Halbjahr 1994 nur noch bei 3-6% derjenigen von Beginn des Jahres 1992. Die Leser - bis vor wenigen Jahren mehrheitlich Abonnenten - bestellten von den früher vier bis fünf abonnierten Publikationen entweder alle ab oder abonnierten nur noch ein Blatt.

Der Rückgang der Aboauflagen bedeutet zugleich einen Rückzug der zentralen Blätter aus der Provinz, weil sie dorthin fast ausschließlich durch Abonnements gelangten. Umgekehrt ist der Freiverkauf überwiegend auf den Druckort einer Zeitung beschränkt und findet an anderen Orten nur sehr eingeschränkt statt.

Eine parallele, etwas abgeschwächte Abwärtsentwicklung zeigen auch die Gesamtauflagenzahlen: Nachdem ab 1990 die ehemaligen Mehrfach-Auflagenmillionäre unter den traditionellen großen Moskauer Zeitungen zunächst zu Einfach-Millionären geworden waren, scheint heute auch die Zeit der Auflagenmillionäre vorüber zu sein. Insgesamt ist festzuhalten, daß die zentrale Moskauer Presse - und zwar die nur in Moskau erscheinende wie auch die in Moskau und dezentral gedruckte - in der zweiten Jahreshälfte 1994 nur noch zwei Titel aufwies, die eine Auflage von über einer Million erreichten: die Wochenzeitung AiF (Argumenty i fakty; Aug. 1994: ca. 2,8 Mio. Expl.) und als einzige Tageszeitung die hauptsächlich in Moskau und Zentralrußland verbreitete MK (Moskovskij komsomolec; Aug. 1994: ca. 1,2 Mio. Expl.). Zwischen 500.000 und einer Million Exemplaren lagen auch nur noch zwei Zeitungen (KPr, Tr). "Jetzt werden die als groß gelten, die 300.000 bis 500.000 haben"¹. Auflagen zwischen 200.000 und 500.000 wurden noch von sechs Blättern erreicht (Iz, RG, SŽ, VM, LG, Sb). 13 Zeitungen hatten noch Auflagen zwischen 100.000 und 200.000. Eine Reihe ehemaliger Massenblätter ist unter die 100.000-Marke gerutscht (Gk, RT, Pr), wobei der Abstieg der "Pravda", die einmal in ihren Glanzzeiten Auflagen von über 11 Mio. erreichte, auf 96.103 im Sommer 1994 absolut und relativ der steilste ist. Der Abstieg der Pr vom wichtigsten Blatt der Sowjetunion und des Weltkommunismus auf die Stufe eines kränkelnden, nur noch mit ausländischem (griechischem) Kapital am Leben erhaltenen bedeutungslosen KP-Lokalblattes zeigt geradezu symptomatisch die Tiefe des politischen Wandels.

Heute gelten Auflagen von 100.000 bis 500.000 als optimal, wobei der Aboanteil wegen der

¹ N. Poležaeva, Podpiska zakonèilas'. Žizn' prodolžaetsja, in: RG, 24.6.1994.

Inflationsverluste minimiert und der Freiverkaufsanteil wegen der flexiblen Preisgestaltung möglichst groß gestaltet wird. Die Auflagen der neueren größeren Moskauer allgemeinpolitischen Zeitungen (NG, Sg, OG, NeG, Vek) hielten sich - laut Impressum - bei 100.000 Exemplaren. Allerdings hatten verschiedene dieser neuen Moskauer Blätter 1995 mit dem drohenden Bankrott zu kämpfen: NG, NeG erscheinen vorläufig nicht mehr, die Tageszeitung "Kuranty" erscheint jetzt nur noch wöchentlich.

Der Wandel der früher einmal überwiegend als Aboblätter weit im Land verbreiteten Zeitungen zu überwiegend im Einzelverkauf vorwiegend in Moskau, aber selbst hier nicht in sehr großen Auflagen abgesetzten Blättern macht deutlich, daß der früher von der zentralen Presse sehr wesentlich gesicherte "einheitliche Informationsraum" heute allenfalls in Moskau selbst noch existiert. Aber auch hier ist er nur noch eine sehr löchrige Decke, die sehr viele Bürger nicht mehr erreicht: Hier - wie überall im Land - entwickeln sich anspruchslose und billige "rajonki" (Lokal- bzw. Stadtteilblätter), die den ehemals großen traditionellen, aber auch den neuen anspruchsvolleren Zeitungen wie NG, Sg, OG etc. Leser wegnehmen. 15% der Moskauer lesen nach einer neuen Untersuchung der Stiftung "Obščestvenoe mnenie" 1995 überhaupt keine Zeitungen, 53% keine Zeitschriften, und 56% der Einwohner von Stadt und Gebiet Moskau waren auf kein Periodikum mehr abonniert.¹

Zusätzliche Handicaps der zentralen Presse in der Provinz

Die zentralen Blätter haben in der Provinz mit zusätzlichen Handicaps zu kämpfen: Auch in der Provinz beschränken die Leser ihre Ausgaben für Presseprodukte und abonnieren - wenn überhaupt - nur noch ein Blatt, und dieses eine Blatt ist immer häufiger ein lokales oder regionales.

Bei der Entscheidung der Leser in der Provinz für ein lokales oder regionales Blatt spielen folgende Faktoren eine Rolle: Die überregionalen/zentralen Zeitungen sind schon in der Herstellung drei bis vier Mal teurer als die Provinzpresse², denn sie müssen, um in Moskau der Konkurrenz gewachsen zu sein, inhaltlich aufwendiger, anspruchsvoller und umfangreicher sein, was hohe Kosten verursacht. Hinzu kommen die in Moskau bedeutend höheren Nebenkosten wie Mieten etc.

Entscheidend ist aber, daß die Zustellung der ohnehin schon teuren zentralen Presse in die Provinz außerordentlich kostspielig geworden ist.³ Die Abonnenten in der Provinz sollten z.B. im ersten Halbjahr 1994 allein für die *Zustellung* zentraler Blätter das Drei- bis Siebenfache des eigentlichen Zeitungspreises bezahlen. Besonders die Postverwaltung des *Gebiets* Moskau

¹ Esli zavtra ne vyjdet gazety, in: Og, 18, 1995 (Mai), S. 11.

² A. Barchatov, Daleko ot Moskvyy, in: NG, 12.11.1994.

tut sich hier mit extremen Forderungen hervor, die sie mit höheren Benzin-, Strompreisen und mit angeblich übermäßig gestiegenen Mietkosten rechtfertigt. Schon bei der Abokampagne für das zweite Halbjahr 1993 (im April 1993) setzte die Moskauer Postverwaltung z.B. für die "Izvestija" den Abopreis auf 3.200 Rubel fest - damals ein Rekordbetrag, der sogar die Bezugspreise in Sibirien und im Fernen Osten weit hinter sich ließ, wo die Zustellung wegen langer Strecken und schwieriger Transportverhältnisse viel eher hohe Kosten rechtfertigt. (Auch schon davor gab es "räuberische" Tarifierhöhungen bei der Post.¹) Nach Massenprotesten der Leser wurde der Bezugspreis für das zweite Halbjahr 1993 auf 1.970 Rubel gesenkt. Bei den Abonnements für das erste Halbjahr 1994 wurden für das "Izvestija"-Abo im Gebiet Moskau dafür noch höhere Preise - "eine wahrhaft absurde Zahl"² verlangt: 15.192 Rubel, wovon die Zeitung nur 1.800 Rubel erhielt. Während in der Stadt Moskau 4.137 Rubel zu bezahlen waren, kostete das Abo unmittelbar jenseits des Moskauer Autobahnringes schon das 3,5fache. Überall war das "Izvestija"-Abo billiger als im Gebiet Moskau, auch in sehr weit entfernten Regionen, auch außerhalb der RF. Die Zeitung selbst erhielt aber nach wie vor nur 1.800 Rubel pro Abonnent.

Bei einem Durchschnittsverdienst von ca. 35.000 Rubel/Monat (1. Halbjahr 1994) ist die Masse der Bevölkerung, besonders aber Rentner, Invaliden, kinderreiche Familien, bei dieser Kostenentwicklung nicht mehr in der Lage, eine zentrale Zeitung zu beziehen, die Abonnenten in der Provinz springen massenweise ab: "Der neue Preis für die Postdienstleistung macht diese Dienstleistung überflüssig, denn die Zeitung braucht niemandem mehr zugestellt zu werden".³

Mehrere zentrale Tageszeitungen und die meisten zentralen Wochenzeitungen ziehen die Konsequenz aus dem Leserschwund in der Provinz und beschränken ihr Vertriebsgebiet von sich aus auf einen - für Rußland kleinen - Radius von 500 bis 700 km rings um Moskau.⁴ Andererseits beginnen manche Moskauer Zeitungsunternehmen, in den Regionen eigene Regionalblätter herauszugeben.⁵

³ Zu diesem Themenkomplex vgl.: Poëtovye monopolisty sobirajutsja ograbit' podpisëikov gazet i žurnalov, in: Iz, 5.8.1992; S. Taranov, Udušenje pressy prodolžaetsja. Teper' uže rukami poëtovogo monopolista, in: Iz, 9.9.1993; N. Kiškin, Press na pressu, in: Trud, 12.3.1994; Teluška - poluška, da rubl' - perevoz, in: RG, 18.5.1994; A. Nikolaev, Provincial'naja Rossija možet ostat'sja bez gazet i žurnalov, in: Sg, 7.5.1994; N. Kozlova, Podarili sebe sverchpribyl', in: RG, 19.10.1994; A. Pankov, Kak uniëtožit' pressu?, in: Kuranty, 6.9.1994.

¹ Poëtovye monopolisty sobirajutsja ograbit' podpisëikov gazet i žurnalov, in: Iz, 5.8.1992.

² S. Taranov, ebd. (s. Anm. 17).

³ S. Taranov, ebd.

⁴ V. Lošak, Zakon dvojnogo naznaëenija, in: MN, 26, 1994, B 10.

⁵ A. Nazajkin, loc. cit. (s. Anm. 10).

Die Schuld an den überhöhten und willkürlichen Zustellgebühren wird meistens der Post gegeben: "Die Realisierung des verfassungsmäßigen Rechts auf Informationserhalt hängt vollkommen von Postlern mit einer mittleren Spezialbildung ab."³ Der Staat wäre eigentlich verpflichtet, für die Allgemeinheit tragbare Preise für die "sozial wichtigen" Postdienstleistungen einzuhalten - aber für gewinnbewußte Postverwalter gibt es ein legales Schlupfloch: Die Pressezustellung figuriert - im Gegensatz zu Regelungen in vielen anderen Ländern - in Rußland nicht in der Liste der "sozial wichtigen" Dienstleistungen, die zu einem ermäßigten Tarif zu erbringen sind, sondern "sie wurde den unbekanntem Kontoristen (d.h. den Leitern der Postveraltungen - P.H.) zur Pacht überlassen".⁴ Die Chefredakteure der vier großen Zeitungen "Izvestija", "Trud", "Komsomol'skaja pravda" und "Sel'skaja žizn" wandten sich deshalb am 7.9.1993 an den Präsidenten der RF, den Vorsitzenden des Obersten Sowjet und den Regierungschef, um eine vorläufige Steuerbefreiung der "sozial wichtigen" Massenmedien und vor allem einen ermäßigten Posttarif für Periodika zu erreichen.⁵

Die Lage bezüglich der überhöhten und anscheinend willkürlich festgelegten Zustelltarife für Presseorgane hat sich jedoch auch im ersten Halbjahr 1994 nicht geändert: Ein Abonnent für die Zeitung "Trud" kostete im ersten Halbjahr 1994 ohne Zustellung 2.304 Rubel. Die Zustellung kostete im Gebiet Moskau zusätzlich 4.608 Rubel, in Jekaterinburg 6.630 Rubel, in dessen weiterer Umgebung 10.900 Rubel, in Chabarowsk 4.420 Rubel, und dort in 13 umliegenden Bezirken sogar 15.470 Rubel. Daß diese Tarife nichts mit der Entfernung zu tun haben, geht daraus hervor, daß ein Abonnent im Gebiet Moskau 2.000 Rubel mehr für die Zustellung zahlen mußte, als einer im entfernten Kemorowo, und ein Abonnent in Baschkortostan nur 2.862 Rubel gegenüber 6.048 Rubel im benachbarten Tatarstan.⁶

Dies hat die Zeitungen "Izvestija" und "Trud" 1994 erneut bewogen, staatliche Stellen zum Einschreiten gegen diese Willkür aufzufordern: Sie wandten sich an den Anfang 1994 gebildeten "Gerichtshof für Informationsstreitfälle beim Präsidenten der RF". Der Gerichtshof, dessen Entscheidungen keine unmittelbare Rechtskraft haben, hat in einem recht deutlichen Beschluß festgestellt, daß die Post durch ihre willkürlichen und unkontrollierten Tarife aufgrund ihrer Monopolstellung sowohl das verfassungsmäßige Recht der Bürger auf Information wie auch das Recht der Presseorgane auf Informationsverbreitung verletzt. Der Gerichtshof fordert in seinem Beschluß, daß nunmehr die Regierung die Postverwaltung

³ S. Taranov, loc. cit.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ N. Kiškin, Press na pressu (Interview mit dem Vorsitzenden des "Gerichtshofes für Informationsstreitfälle beim Präsidenten der RF", A. Vengerov), in: Trud, 12.3.1994; Ähnliches bezüglich der RG vgl.: Teluška - poluška, da rubl' - perevoz, in: RG, 18.5.1994.

entweder eindeutig zu einer staatlichen Verwaltung erklären soll - was zur Folge haben müßte, daß die Zustellungsgebühren wie bei anderen Postgütern nach Gewicht gestaffelt, aber für alle Regionen gleich sein

müßten - oder aber zu einem Unternehmen: In diesem Fall würde die Postverwaltung auf Grund ihrer Monopolstellung unter die Kontrolle des Antimonopolkomitees fallen und die Regierung müßte maximale Zustellungspreise festlegen.¹ Einstweilen werden jedoch weiterhin Klagen über die unverschämten Zustellungsgebühren der Post und ihre parallel dazu zunehmende Unzuverlässigkeit laut.²

Von der Postgewerkschaft wird die Situation allerdings ganz anders dargestellt. In einem Schreiben an Premier Tschernomyrdin wies sie darauf hin, daß die staatliche Post sich "am Rand des Bankrotts" befinde³: Nach der Trennung von Post und Telekommunikation flössen die Gewinne der letzteren, die früher zur Deckung der Postaufwendungen verwendet worden seien, fast vollständig in den Staatshaushalt. Für die Post falle kaum etwas davon ab. So seien 1993 im Staatshaushalt nur 15,9 Mrd. Rubel für die Post - die ihrerseits 20 Mrd. Rubel Steuern an den Staat zahlte - eingesetzt gewesen und im Haushalt 1994 seien überhaupt keine Mittel für Entwicklung und soziale Bedürfnisse der Post vorgesehen worden. Die Finanzlage der Post sei insbesondere deshalb so schlecht, weil der Vertrieb von Periodika (Zeitungen und Zeitschriften) "extrem defizitär" werde: 1993 hätten die Aufwendungen für Annahme, Bearbeitung, Transport und Zustellung von Periodika 95,5 Mrd. Rubel ausgemacht, was für die Post ein Defizit von 62,3 Mrd. Rubel bedeutet habe. Wegen fehlender Finanzen müßten heute in vielen Regionen lokale Poststellen in Dörfern geschlossen werden, und es finde eine einschneidende Kürzung der Postbediensteten-Stellen statt. Dies "beraubt die Bewohner dieser Regionen der letzten Zufluchtstätten für Kultur und Kommunikation".⁴ Die Postgewerkschaft fordert daher die Steuerbefreiung der staatlichen Post und die Subventionierung der Zustellung von Periodika.

In der Tat scheint nicht die Post die Hauptschuldige für die stark angestiegenen Transportgebühren für Postsendungen, darunter Zeitungen, zu sein, wenn sie auch ihrerseits die unübersichtliche Situation für eigenmächtige Tariferhöhungen bei der Zeitungszustellung genutzt zu haben scheint. Der Hauptverursacher dürfte das Verkehrsministerium der RF bzw. die Eisenbahn sein, die die Transportgebühren für Postsendungen von 1991 bis 1994 um einen Faktor von nominell mehr als 10.000 angehoben hat. Aber dies ist noch nicht der Endpunkt. Das Verkehrsministerium hat für Sendungen, die in posteigenen Postwaggons von der Bahn transportiert werden, 1994 zusätzliche Tarife in Höhe von 72% der normalen Gütertarife eingeführt. Die Post steht vor der Wahl, dies auf die Postkunden (darunter die Zeitungsabonnenten) abzuwälzen oder durch Einsparungen an anderer Stelle auszugleichen. Im Fall der Nichtbeglei-

¹ Ebd.

² Vgl.: A. Pankov, *Kak uniëtozit' pressu?*, in: *Kuranty*, 6.9.1994; A. Myškin, *Ot podpiski otkazyvajus'*, ebd.

³ A. Nikolaev, *Provincial'naja Rossija možet ostat'sja bez gazet i žurnalov*, in: *Sg*, 7.5.1994.

⁴ Ebd.

chung der fälligen Zusatzgebühren werden Postwaggons nicht mehr weitertransportiert. Dies hat im Herbst 1994 bereits wiederholt dazu geführt, daß Postwaggons mit Zeitungen kurzerhand von Zügen abgehängt wurden.¹ Es ist verständlich, daß die durch sehr hohe Zustellgebühren ohnehin schon verärgerten Abonnenten ihr Abonnement schließlich kündigen, wenn die Zustellung - letztlich gerade infolge überzogener Forderungen der Bahn - nicht mehr funktioniert.

Daß zusätzlich auch politische Motive eine gewisse Rolle bei der Zustellung spielen, geht aus einer in der "RG" beschriebenen Beobachtung hervor. Danach sind die Zustellpreise für die Regierungszeitung "RG" dort niedriger, wo die lokale Verwaltung die Zustellung aus Verbundenheit mit dem Zentrum subventioniert. Umgekehrt scheinen Verwaltungen in anderen Gebieten wegen politischer Vorbehalte gegen Moskau diesen offiziellen Informationsfluß absichtlich durch Nichtsubventionierung der Zustellung der Regierungszeitung "RG" zu behindern.² Ähnliche Motive lokaler Verwaltungen beeinflussen möglicherweise auch die Zustellungspraxis anderer zentraler Blätter in der Provinz.

Angesichts der Tatsache, daß die Verbreitung der zentralen Presse außerhalb des Zentrums über die staatliche Agentur "Rospeàat" sehr stark durch die von den Monopolisten Post und Bahn festgesetzten Tarife behindert wird, gehen Zeitungsunternehmen heute zunehmend dazu über, ihre Produkte über eigene oder alternative Verbreitungssysteme zu verbreiten: So nutzten im Frühjahr 1995 bereit 21,4% der Periodika in Rußland eigene Vertriebsdienste; bei den zentralen Periodika liegt dieser Satz sogar bei 44,6%. 3% der Zeitungen in der Provinz (und 15% der zentralen Zeitungen) nutzten "alternative" Vertriebsdienste.³ Allerdings ist nicht bekannt, welcher Prozentsatz der Auflagen jeweils über "Rospeàat" bzw. über eigene und alternative Dienste verbreitet wird. Das in erster Lesung Ende April 1995 verabschiedete Gesetz "Über den Postverkehr" sieht vor, daß das Postmonopol durch Konkurrenzstrukturen gebrochen werden kann, was sicher den Zustellungsmarkt beleben wird.⁴ Eine Subventionierung der Zustellung, die nach einer Idee von M. Poltoranin, dem Vorsitzenden des Duma-Ausschusses für Informationspolitik und Kommunikation, aus Mitteln eines "Nationalen Presseentwicklungsfonds" geleistet werden sollte, wird es einstweilen nicht geben: Der im ursprünglichen, von Poltoranins Ausschuß eingebrachten Entwurf des "Gesetzes über die staatliche Unterstützung der Massenmedien" vorgesehene Fonds wurde wegen des Widerstands des Föderationsrates - wie auch die Idee eines "Staatsauftrags" -

¹ N. Kozlova, loc. cit. (s. Anm. 17).

² Teluška - poluška, da rubl' - perevoz, in: RG, 18.5.1994.

³ Kto i kak èitæet rossijskuju pressu, in: Žurnalist, 4, 1994, S. 33; A. Naryškina, Sozdaetsja al'ternativnaja služba rasprostraneniya pressy, in: Sg, 14.2.1995.

⁴ V. Goršenin, Èitatel' - izdatelju: ja vas ljubil, ljubov' ešëe byt' možet, in: Og, 18, 1995 (Mai), S. 11.

fallengelassen. (Obgleich die Duma das Gesetz in dritter Lesung nach etlichen Konzessionen an den Föderationsrat am 7.4.1995 verabschiedet hatte, ließ der Föderationsrat das Gesetz ein weiteres Mal scheitern, diesmal wegen steuerlicher Bevorzugung der Presse.¹)

Nachdem die zentrale Presse im Baltikum und in den meisten GUS-Staaten praktisch nicht mehr erhältlich ist, sehen manche Beobachter in der Schrumpfung der zentralen Presse auch in Rußland und in der Regionalisierung der Presse eine "katastrophale Einengung des gesamtrussischen Informationsraums".²

Das "Katastrophale" daran ist aus russischer Sicht vor allem, daß der in der Regionalisierung der Presse und ihrem allgemeinen Niedergang sichtbar werdende Zerfall des "gesamtrussischen Informationsraums" den inneren Zusammenhalt des Staates Rußland und die Verbindung russischer Minderheiten in den nichtrussischen Subjekten der RF und in den Staaten des "nahen Auslands" zur Zentrale bzw. zum Mutterland Rußland langfristig stark schädigen wird. Dieser Zerfall wird letztlich auch nicht durch die elektronischen Medien verhindert (s. Teil II).

Der begrenzte Aufschwung der Provinzpresse

Von der Verteuerung der zentralen Presse in der Provinz und der Unzuverlässigkeit ihrer Zustellung profitierte die regionale und lokale Presse: Dieser seit 1993 deutlich stärker werdende Trend zeigt sich darin, daß die Tagesauflage der regionalen Presse die der zentralen 1993 um sieben Mio. Exemplare übertraf, 1994 aber bereits um elf Mio. Exemplare.³ Auch die Abonnements zeigten 1994 eine deutliche Verlagerung auf die Provinzpresse.⁴ Die früheren Leser der zentralen Presse in der Provinz wählen, wenn sie überhaupt noch Zeitungen abonnieren, immer häufiger eine Provinzzeitung oder kaufen sie am Kiosk.

Daß das - insgesamt abnehmende - Interesse an der Presse sich recht schnell von der zentralen auf die regionale/lokale Presse verlagert, geht auch aus einer Repräsentativumfrage in der RF (3.000 erwachsene Respondenten) von Ende 1994 hervor: Die Zahl derer, die keine Zeitung regelmäßig (d.z. mindestens ein Mal in der Woche) lesen, stieg innerhalb eines Monats (November-Dezember 1994) von 27% auf 28%. Die Zahl der regelmäßigen Leser eines zentralen Blattes nahm im gleichen Zeitraum von 57,1% auf 49,5% ab. Dagegen nahm die

¹ R. Ignat'ev, Michail Poltoranin: Zakon o gosudarstvennoj podderške SMI prinjat. Èto dal'se?, in: RG, 11.4.1995; N. Baëurina, Monopolii bjurokratov konkurenty ne trebujutsja (Interview mit M. Poltoranin wegen der Ablehnung des Gesetzes durch den Föderationsrat), in: RG, 1.6.1995.

² V. Lošak, Zakon dvojnogo naznaëenija, in: MN, 26, 1994, B 10.

³ A. Nazajkin, loc. cit. (s. Anm. 10).

Zahl der regelmäßigen Leser eines Regional-/Lokalblattes von 50% auf 52% zu.¹

Ein wichtiger Gesichtspunkt für das Umsteigen auf eine Provinzzeitung ist sicher auch ihre größere Aktualität. Einen besonderen Aktualitätsvorteil haben die in den östlichen Landesteilen erscheinenden Provinzzeitungen gegenüber den Moskauer und St. Petersburger Blättern. Sie sind aufgrund der Zeitverschiebung z.T. schon gedruckt, wenn in Moskau noch nicht einmal Redaktionsschluß ist.

Bei der Entscheidung der Leser in der Provinz, zu der auch etliche Millionenstädte gehören, für die regionale und lokale Presse spielt jedoch zweifellos die Tatsache eine besondere Rolle, daß die Regionen sich administrativ, ökonomisch und politisch z.T. sehr weit von der Moskauer Zentrale entfernt und eine mentale Distanz zu Moskau, überhaupt zum Zentralismus entwickelt haben, die mit einem zunehmenden Interesse für näherliegende regionale und lokale Probleme einhergeht. Die Moskauer Medien sind aber gegenüber den Problemen der Provinz fast blind, wie Jelzin zutreffend bemerkte: "Einstweilen wird ganz Rußland von der Ostsee bis zum Stillen Ozean mit Ausnahme von Moskau und Tschetschenien häufig von den Journalisten vergessen."² Umgekehrt hat sich in der Provinz eine mentale Distanz zum weit entfernten, gewissermaßen unreal gewordenen Moskau herausgebildet.

Bei der Regionalisierung der Presse handelt es sich nicht nur um eine quantitative Verschiebung zugunsten der regionalen Presse, sondern auch um eine politische Auseinanderentwicklung: Lokale/regionale Zeitungen sind oft keineswegs Agitatoren für die Reformen. Die Armut auch dieser Presse macht sie finanziell sehr stark von den lokalen/regionalen Verwaltungsstrukturen abhängig, die sich oft nicht eben durch Reformeifer auszeichnen. Nach Ansicht des Bürgerrechtlers und Verteidigers G. Resnik ist die Presse heute nur in Moskau noch relativ frei, während sie in der Provinz immer noch unter dem Joch "des Obkom, das sich heute einfach anders nennt" stehe.³

In der Tat üben regionale und lokale Administrationen oft starken Druck auf die Provinzpresse aus, die von dieser häufig sowohl finanziell wie organisatorisch - dadurch, daß die Administration Mitbegründer der Publikation ist - abhängig ist. Zeitungen, die die lokale/regionale Administration kritisieren, werden aus ihren Redaktionsgebäuden

⁴ R. Ignat'ev, Bolee milliona - stol'ko podpisëikov u "Rossijskoj gazety" v 1994 godu, in: RG, 18.12.1993; S. Morochin (Interview mit dem Presseminister der Republik Komi, A. Judin), in: Krasnoe znamja (Syktyvkar), 15.2.1994; N. Poležaeva, Podpiska zakonëilas'. Žizn' prodolžaetsja, in: RG, 24.6.1994.

¹ O. Savel'ev, Ètenie central'nych gazet v Rossii, in: OG, 22.-28.12.1994, S. 12.

² B. El'cin, Net zadaèi važnee, èem utverždenie v našej strane avtoriteta prava (Jahresbotschaft an die Föderationsversammlung der RF), in: RG, 17.2.1995.

³ Vgl. V. Chamraev, Vtoraja drevnejšaja možet stat' pervoj, in: Sg, 16.8.1994.

hinausgeworfen, Chef-Redakteure und Journalisten werden entlassen, die lokale Administration drängt sich als Mitbegründer auf, Bewegungen auf den Redaktionskonten werden gestoppt, "Parallelredaktionen" werden eingesetzt, überhöhte Steuerforderungen erhoben etc.¹ Besonders dreist ging die Verwaltung des Gebietes Primorje (Wladiwostok) unter ihrem Chef Je. Nasdratenko gegen ungehorsame Medien vor. In einem Beschluß des "Gerichtshofs für Informationsstreitfälle beim Präsidenten der RF" wurden daraufhin dort Verletzungen der Pressefreiheit und der Verfassung gerügt (Erscheinungsverbot für zwei Zeitungen, Beleidigungen, Nötigungen von Journalisten, Informationsverweigerung, Erscheinungsverbot für die Wladiwostoker Ausgaben zentraler Moskauer Zeitungen während der Abokampagne, so daß ihre Abonnierung im folgenden Halbjahr schwer behindert wurde).² Ähnliche Vorkommnisse sind aus zahlreichen anderen Gebieten (Archangelsk, Brjansk, Ljuberzy, Tula, Kalmykien, Baschkirien etc.) bekannt geworden und z.T. vom genannten Gerichtshof gerügt worden.³ M. Poltoranin, Vorsitzender des Dumaausschusses für Informationspolitik und Kommunikation, berichtet, daß Tausende von Journalisten im Streit mit lokalen Verwaltungen liegen, die sich lokale Zeitungen untergeordnet haben.⁴

Um die Abhängigkeit der Presse von staatlichen Organen zu beenden, tritt Poltoranin seit langem für eine Änderung von Art. 7 des russischen Pressegesetzes ein, die dazu führen soll, daß staatliche Organe nicht mehr Begründer von Periodika - außer von Gesetzesblättern u.ä. - sein können.⁵ Von den zentralen Zeitungen wären davon nur die Regierungszeitung RG, die Zeitung RV (Mitbegründer: die Präsidialadministration) und einige andere weniger bedeutende Blätter wie die Wochenzeitung "Vek" (Mitbegründer: das Atomenergieministerium der RF) betroffen, aber sehr viele Provinzzeitungen, bei denen regionale/lokale Administrationen als (Mit)Begründer fungieren. Poltoranin verfißt diese Änderung offenbar keineswegs aus En-

¹ Ju. Sal'nikova, "Svobodnaja pressa v Rossii sostojalas", in: Sg, 19.1.1994.

² I. Savvateeva, Sudebnaja palata po informacionnym sporam vstupilas' za prava primorskich žurnalistov (mit Auszügen aus dem Beschluß), in: Iz, 19.1.1995; Žurnalisty Vladivostoka protestujut protiv davlenija na central'nuju pressu, in: Iz, 17.11.1994; I. Busygina-Thränert, Machtkonzentration in der rußländischen Provinz. Der Fall Primorje, Aktuelle Analysen des BIOst, 75/1994, S. 3; A. Mazepa, Evgenij Nazdratenko žurnalistov ne ljubit. Potomu narušenija svobody slova v Primor'e prinjali massovyj charakter, in: OG, 22.-28.12.1994, S. 12.

³ E. Tregubova, Opozicionnaja gazeta Baškirii lišilas' raboèich pomešèenij, in: Sg, 10.8.1994; A. Barchatov, Daleko ot Moskvy?, in: NG, 12.11.1994; D. Avraamov, Obojdetes' bez podruènych. Zametki iz sudebnoj palaty, in: Žurnalist, 12, 1994, S. 7-9 (Fälle in Kalmykien, Tula, Ljuberzy, St. Petersburg; Wortlaut der Erklärung des Informationsgerichtshofes); V. Filippov, Svoboda slova v provincii: prodajsja ili umri, in: Iz, 11.1.1995 (Fall im Autonomen Kreis der Nenzen); A. Graèev, I snova pochoronnyj marš igrajut èinovniki brjanskim žurnalistam, in: RG, 19.4.1995, S. 8 (Fall in Brjansk); A. Politkovskaja, Žizn' po Gogolju, in: OG, 30.9.-6.10.1994, S. 12 (Fall in Ljuberzy).

⁴ S. Karchanin (Interview mit M. Poltoranin), Zašèišèat' demokratiju - rabota nebezopasnaja, in: RG, 5.11.1994, hier S. 3.

⁵ Vgl. dazu: S. Karchanin, ebd.; A. Batygin, Pressa, k nože? (Interview mit M. Poltoranin), in: RG, 21.1.1995.

thusiasmus für die Medienfreiheit (denn andererseits tritt er sehr wohl für die Stärkung der im Vergleich zur Presse sehr viel effektiveren *staatlichen* EM ein), sondern, um den häufig Jelzin-kritischen bis -feindlichen Provinzadministrationen, die obendrein oft mit mafïösen Strukturen verfilzt seien, besonders im Hinblick auf die kommenden Wahlen ihren Einfluß auf die Provinzpresse zu nehmen. Die Gesetzesänderung, die inhaltlich zunächst als Art. 4 in ein "Gesetz über das Verfahren der Beleuchtung der Tätigkeit der Organe der Staatsgewalt in den staatlichen Massenmedien" eingebaut, dann aber wegen eines Vetos des Föderationsrates als Änderung von Art. 7 des Pressegesetzes eingebracht wurde, wurde in der Duma glatt verabschiedet, stieß jedoch auf das Veto des Föderationsrates, in dem die Föderationssubjekte und ihre Verwaltungen ihre Interessen vertreten. Das Veto des Föderationsrates wurde zwar durch eine weitere Abstimmung der Duma überwunden, aber die Gesetzesänderung stieß nun auf das Veto des Präsidenten. Jelzins Ablehnung erklärt sich wohl daraus, daß er die von ihm eingesetzten regionalen Verwaltungschefs als seine Parteigänger betrachtet, die insbesondere vor den kommenden Duma- und Präsidentschaftswahlen schonend zu behandeln sind. Eben dies war umgekehrt für eine Dumamehrheit Anlaß, die Gesetzesänderung zu billigen, die (auch) zumindest den Einfluß der Provinzverwaltungen als Mitbegründer von Medien beendet hätte. Ob die von Poltoranin und der Duma gestützte Änderung von Art. 7 des Medien- (Presse)gesetzes in absehbarer Zeit eine Chance hat, steht dahin.¹

Obleich Poltoranins Motive für die Verdrängung staatlicher Organe aus der Begründerrolle für Printmedien eher wahltaktisch als prinzipiell zu sein scheinen, wäre die von ihm betriebene durchgängige Entstaatlichung der Presse doch ein Schritt zum weiteren Ausbau der Pressefreiheit. Die - zweifellos prekäre - finanzielle Lage vieler Provinzzeitungen würde sich allerdings, wie laut Poltoranin viele Lokaljournalisten befürchten, vermutlich noch weiter verschlechtern, weil die Provinzialverwaltungen die Provinzpresse dann nicht mehr subventionieren würden. Auf der anderen Seite erweckten aber auch Poltoranins Vorstellungen über die finanzielle Absicherung der Presse durch einen zentralen "nationalen Entwicklungsfonds" die Befürchtung, daß den Provinzialverwaltungen ihr Einfluß auf die Provinzpresse nur deshalb entwunden werden soll, um den verlorengegangenen Einfluß *zentraler* Presseinstitutionen auf die Provinzpresse im Hinblick auf die Wahlen zu reetablieren. Die Notwendigkeit einer zentralen staatlichen Unterstützung der Presse unterstrich Poltoranin kürzlich mit dem dramatischen Hinweis, daß im 1. Halbjahr 1995 1.520

¹ Vgl. dazu die in Anm. 46 zitierten Interviews mit Poltoranin, sowie: A. Kirpiënikov, Gosduma proignorovala prezidenta, Sovet Federacii i grozit pravitel'stvu, in: Sg, 13.10.1994; Veto prezidenta, in: RG, 11.11.1994; O gosudarstvennych SMI, in: RG, 17.1.1995; A. Kirpiënikov, Prezident raspakoval "poltoraninskij" paket, in: Sg, 18.1.1995; I. Christoljubova, Komitet Michaila Poltoranin ob-javil bor'bu za konomiëeskiju svobodu SMI, in: Sg, 24.2.1995.

Periodika in 72 RF-Subjekten durch Schuld des Zentrums eingegangen seien.¹

Man kann jedoch sicher davon ausgehen, daß die meisten Lokaljournalisten jede Art von Abhängigkeit abbauen möchten. Dies zeigen nicht nur z.T. erfolgreiche rechtliche Auseinandersetzungen von Provinzzeitungen mit Lokaladministrationen, in denen es immer um direkte oder indirekte Eingriffe in die Pressefreiheit geht², sondern auch die Einschätzung des zitierten Gerichtshofes, daß es den Lokalverwaltungen trotz ihres überall spürbaren Drucks nicht gelungen ist, die Provinzpresse zu einer Presse "im Taschenformat" (d.h. von der Lokalverwaltung "in die Tasche gesteckte" Presse) zu machen.³

Der Rückzug der zentralen Presse aus der Provinz, die Regionalisierung der Presselandschaft und das offenbar häufig sehr niedrige Niveau der regionalen und lokalen Provinzpresse, ihre Einseitigkeit und enger Horizont haben zu einem - subjektiv vielleicht nicht einmal empfundenen - Informationsdefizit⁴ ("Informationshunger") in der Provinz bezüglich der Vorgänge nicht nur in Moskau, sondern auch in den Nachbarregionen geführt⁵, der auch durch die EM nicht aufgewogen wird. Dies liegt teils am mangelnden Interesse für Moskauer Vorgänge, aber auch daran, daß oft nicht einmal offizielle Informationen und Dokumente bis in die Provinz vordringen. Sogar die Regierungszeitung RG, offizielles Publikationsorgan zentraler Rechtsakte, ist vielerorts, darunter auch in großen Zentren wie St. Petersburg, Jekaterinburg, Saratow, Rostow, Krasnodar, Irkutsk - zumindest tage- bis monatelang - schlechterdings nicht vorhanden gewesen, weil ihr dezentraler Druck wegen nicht beglichenen Schulden von den Druckereien eingestellt wurde.⁶ Das früher selbstverständliche Abonnement offizieller Nachrichtenagenturen (TASS, heute ITAR-TASS) in den Provinzzentren wird heute häufig aus Kostengründen gestrichen. Post und Telekommunikation werden von den Provinzverwaltungen aus dem gleichen Grund möglichst wenig in Anspruch genommen.⁷ Dies bedeutet umgekehrt aber auch, daß man in Moskau sehr wenig über die Provinz weiß, was schwerwiegende Fehleinschätzungen und -planungen nach sich zieht: "Alles Gerede über die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums ist, wenn es kein umfassendes Netz der Informationsversorgung gibt, Schall und Rauch... Wir versuchen, einen Wirtschaftsraum zu

¹ Zum "Entwicklungsfonds" siehe dazu oben S. 21 sowie die in Anm. 46-47 angeführten Quellen; zum Pressesterben siehe M. Gurevič, *Ne davajte pokoja!*, in: RG, 21.6.1995; *Ubyvaet pressa*, in: Iz, 22.6.1995.

² Vgl. die in Anm. 42-44 angeführten Fälle.

³ Ju. Sal'nikova, *"Svobodnaja pressa v Rossii sostojalas"*, in: Sg, 19.1.1995.

⁴ M. Zagnojko, *Mif o "krasnom pojase"*, in: RG, 4.8.1994.

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. den Offenen Brief von N. Poležaeva (damals Chefredakteurin der RG) und P. Gurin (damals Generaldirektor der RG) an den russischen Finanzminister, in: RG, 19.11.1993; dieselben, *Kak "Rossiskaja gazeta" budet ispolnjat' Zakon?* (Offener Brief an den Präsidenten, den Premier, die Vorsitzenden des Föderationsrates und der Staatsduma), in: RG, 18.6.1994.

⁷ M. Zagnojko, loc. cit. (s. Anm. 52).

schaffen, ohne etwas über die Stimmung in den Regionen, über die Bereitschaft der Bevölkerung zur Aufnahme neuer Ideen zu wissen."¹

Nach der zum dritten Mal erfolgten Ablehnung des Presseunterstützungsgesetzes durch den Föderationsrat wies das Sekretariat des russischen Journalistenverbandes im Juni 1995 in einem Offenen Brief an den russischen Präsidenten², einem dringenden Hilferuf, zusammenfassend darauf hin, daß es "heute schon keinen einheitlichen Informationsraum Rußland mehr gibt" und belegte dies mit einigen recht dramatischen Fakten, die die in dieser Arbeit gemachten Aussagen stützen: Die Auflagen der zentralen Zeitungen liegen bei sieben Prozent der Zahlen von 1990, nur wenige dieser Blätter gelangen über Moskau und anliegende Gebiete hinaus. Die Abonnementskosten für ein zentrales Blatt sind gegenüber dem Jahr 1990 nominell im Schnitt um den Faktor 13.500 gestiegen, während die Löhne im gleichen Zeitraum nur um den Faktor 1.300 gestiegen sind. Die überproportionale Verteuerung der Presse machen die Verfasser auch dadurch deutlich, daß die nominellen Preise für Fleisch nur um den Faktor 4.000 und die für Wodka sogar nur um den Faktor 1.000 gestiegen seien. Auch entfalle heute nur noch auf jeden zehnten Einwohner Rußlands ein Exemplar einer zentralen Zeitung (vgl. aber oben die noch ungünstigeren Zahlen, die sich aus der zitierten Erhebung des Pressekomitees der RF für Anfang August 1994 ergeben). Die daraus resultierende, auch politisch gravierende Schlußfolgerung, für die die Verfasser "die Verantwortung übernehmen" lautet: "Die Mehrheit der Bürger Rußlands hat keine Vorstellung von der Lage der Dinge im Lande und im Ausland, über die Tätigkeit der föderalen Strukturen - des Präsidenten, des Parlaments, der Regierung - über das Leben der Nachbarn in der GUS. Es ist schwer vorstellbar, zu welchen Folgen dies führen kann - außer zu einer endgültigen Zerteilung ("razobšèenie") des rußländischen Volkes."

Auf längere Sicht ist allerdings damit zu rechnen, daß moderne Daten- und Kommunikationstechnik wieder zu einer stärkeren Informationsvernetzung und damit vielleicht zu rationaleren Entscheidungsprozessen im Verhältnis Zentrum-Regionen führt, vorausgesetzt, daß diese Netze echten offenen Informationsaustausch herbeiführen und nicht zur Akkumulation von Herrschaftswissen genutzt werden. Anfänge einer solchen Vernetzung gibt es bereits: Im Gebiet Lipezk wurden die Gebietszeitungen über Computer direkt mit zentralen staatlichen Informationsstrukturen verbunden, um auf diesem Weg Informationen aus erster Hand aus Moskau zu erhalten. Umgekehrt werden Entscheidungen der regionalen Administration und des Regionalparlaments, Wirtschaftsdaten in Datenbanken im Lipezker Informationszentrum gesammelt. Von hier aus sollen Informationen aus Moskau in die Region und umgekehrt Infor-

¹ Ebd.

² Otkrytoe pis'mo prezidentu, in: RG, 16.6.1995.

mationen aus der Region nach Moskau geleitet werden.¹ Bis eine solche Vernetzung landesweit funktioniert, haben allerdings mafiöse Strukturen viel Zeit, ihren Einfluß und ihre egoistischen Interessen miteinzubauen.

2. Der Rückgang der Moskauer Presse in der GUS und im Baltikum

Die zentrale Moskauer Presse ist in den meisten Nachfolgestaaten der UdSSR praktisch nicht mehr präsent.² Ihr - früher üblicher - dezentraler Druck in den Hauptstädten der ehemaligen Unionsrepubliken und ihre Verbreitung von dort aus wurde bis auf wenige Ausnahmen (so der Druck der Regierungszeitung RG in der Ukraine und in Kasachstan) eingestellt. Zu den sonstigen ökonomischen Gründen, die allgemein für den Rückgang der zentralen Presse verantwortlich sind, kommt im "nahen Ausland" noch hinzu, daß Rußland 1993 einen Exportzoll auf das "strategische Gut" Zeitungspapier in Höhe von 120 Ecu/t einfuhrte.³ Ohne Papier aus Rußland können Zeitungen, auch die Moskauer, in den holzarmen Nachfolgestaaten nicht gedruckt werden, aber durch den in Devisen zu zahlenden Exportzoll wird das Papier für die Zeitungsunternehmen nahezu unerschwinglich, zumal die Papierpreise in den letzten Jahren scharf angezogen haben und die russischen, zunehmend unter den Einfluß westlicher Großaktionäre kommenden Papierfabriken besonders im Auslands-, aber allmählich auch im Inlandsgeschäft sich den ebenfalls anziehenden Weltpreisen für Papier anpassen und hier ausnehmend gute Marktchancen wahrnehmen wollen.⁴

Der Rückgang der Moskauer Presse in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion hängt aber vor allem damit zusammen, daß dort die Entwicklung und Förderung der durch die jahrzehntelange Sowjetherrschaft unterentwickelten nationalen Medien in der (den) eigenen Sprache(n) im Vordergrund steht. Es gibt dazu unterschiedliche politische Vorbehalte gegen Moskauer Medien: In den Staaten, in denen aus historischer Erfahrung Vorbehalte gegen Rußland bestehen, sieht man in kommunistischen und national-patriotischen Moskauer Medien zu Recht In-

¹ M. Zagnojko, loc. cit. Der Prozeß der Informationsvernetzung wird seit einiger Zeit auch durch zentrale Normativakte vorangetrieben, deren Hauptziel aber die Sicherung des Zugriffs des Zentrums auf Informationen aus allen Landesteilen und aus wichtigen Sachbereichen ist, so z.B. das "Bundesgesetz über Information, Informatisierung und Informationssicherung" vom 20.2.1995 (in: Sbornik federal'nych konstitucionnych i federal'nych zakonov, Vyp. 8, Moskva 1995, S. 6-19) oder der Präsidialerlaß über die "Rechtsinformatisierung der Organe der Staatsmacht der RF" vom 4.8.1995 (in: RG, 15.8.1995).

² V. Lošak, Zakon dvojnogo naznaèenija, in: MN, 26, 1994, B 10; V. Korotich, Russian Media: Victors or Victims?, in: Perspektive (Boston), Sept./Okt. 1994, S. 2-4, hier S. 2.

³ S. Taranov, Vychod rossijskoj pressy v stranach SNG mozet byt' prekrašèen, in: Iz, 19.2.1993.

⁴ A. Šišov, "Chit" dlja bumkombinata, in: Utro Rossii 6, 1995, S. 6; K. Kachiani, L. Krotova, Spros na bumagu rastet bystree, èem na cvetnye metally, in: Vek, 7, 1995; D. Grišankov, N. Zubov, A. Šmarov, Bol'šoj bumažnyj bum, in: Kommersant, 13, 1995, S. 30-33; Ju. Sal'nikova, Rossijskie izdateli prizvali na pomošè' Antimonopol'nyj Komitet, in: Sg, 2.2.1995.

strumente eines russischen Neoimperialismus. (Baltikum, Ukraine, Moldaurepublik). In der Moldau verhindert ein strenges Pressegesetz das Eindringen und die Verbreitung von antimoldauisch eingestellten, konservativen offiziellen Moskauer Zeitungen, während die Moskauer demokratische Presse geduldet wird.¹ In den - bis auf Kirgisien - kaum demokratisch orientierten zentralasiatischen Nachfolgestaaten, aber seit Dezember 1994 unter Präsident A. Lukaschenka auch in Weißrußland², wird insbesondere die demokratische Moskauer Presse mit Mißtrauen betrachtet und behindert. Besonders restriktiv verfahren dabei Turkmenistan, Tadschikistan, Usbekistan: In Turkmenistan ist die Abonnie rung einer Moskauer Zeitung nur möglich, wenn sie in Rubel bezahlt wird - was aber nach den dort geltenden Gesetzen verboten ist.³ Die neuen demokratisch orientierten Moskauer Zeitungen werden überhaupt nicht geduldet. In Tadschikistan verhindert eine extrem unliberale Medienpolitik das Eindringen nahezu aller Moskauer Presseerzeugnisse. Auch in Usbekistan, wo Moskauer Zeitungen seit langem nicht mehr gedruckt werden, wird die Verbreitung der liberalen Moskauer Presse verhindert, eigene oppositionelle Zeitungen sind verboten, kritische Journalisten, auch russische, werden vom Geheimdienst bis ins Ausland verfolgt.⁴ Im relativ liberalen Kasachstan wird die Abonnie rung russischer Blätter nur gestattet, wenn sie im Land gedruckt wurden und die Kontrolle der zuständigen Behörden passiert haben.⁵

Angesichts des Zerfalls des ehemaligen einheitlichen sowjetischen, Moskau-zentrierten Presseinformationsraums wirkt die auf eine Idee des OG-Chefs Je. Jakowlew zurückgehende, seit April 1994 "auf der Basis der OG" erscheinende Zeitung "SNG : obšëij rynok" (GUS : der gemeinsame Markt) zunächst realitätsfern.⁶ Ihr Ziel ist es, die ökonomische Reintegration der GUS, die Schaffung eines "einheitlichen Wirtschaftsraums GUS" durch Sammlung und Bereitstellung gesicherter, vorwiegend ökonomischer Daten und Analysen über die GUS-Länder - an denen es bisher mangelt - zu fördern. Die zwölf GUS-Staaten finanzieren diese Wochenzeitung und wollen ihre Verbreitung fördern, damit sie auch vom normalen Leserpublikum akzeptiert und die Reintegration der GUS-Staaten popularisiert wird.

¹ Vgl. D. Ždannikov, Rižskaja Duma "fil'truet vrednuju pressu", in: Sg, 23.9.1994; V. Korotich, loc. cit.; Rjad gazet popal pod zapret (in der Moldaurepublik - P.H.), in: NG, 3.9.1992.

² A. Starikeviè, Vmesto korrupcii Lukašenko boretsja s pressoj, in: Iz, 12.1.1995.

³ V. Korotich, loc. cit. (s. Anm. 58), S. 2.

⁴ Svoboda peèati po-uzbekski, in: OG, 46, 1994; N. Paèegina, Muchammad Solich: "U nas obšëie s demokratièeskoj Rossiej cennosti", in: NG, 10.12.1994; V. Korotich, loc. cit.; vgl. auch die in jeder Nummer der Zeitschrift "Index on Censorship" in der Rubrik "Index" in den einzelnen Ländern, darunter auch den Nachfolgestaaten der UdSSR, aufgeführten Fälle, sowie die monatlich in der NG erschienenen Aufstellungen über Verletzungen der Pressefreiheit in den GUS-Ländern.

⁵ V. Korotich, loc. cit., S. 2.

⁶ N. Poležaeva, P. Gurin, Akula socializma, in: RG, 2.3.1994; dies., Akula socializma - 2, in: RG, 14.4.1994; Kako ja vižu tu gazetu (Interview mit Vizepremier A. Šochin), in: OG, 15, 1994, S. 1; Gazete uže god. Ostavajtes' s nami!, in: SNG: Obšëij rynok 15 (15.4.1995), S. 2.

Einstweilen ist das Blatt eher eine Publikation für Spezialisten, Verwaltungsleute und Politiker. Sein Erfolg erscheint allerdings angesichts erheblicher Vorbehalte in vielen GUS-Staaten gegen aus Moskau in russischer Sprache vorgetragene Integrationsimpulse fraglich. Ein Jahr nach der O-Nummer des als Wochenzeitung konzipierten Blattes waren jedenfalls erst 15 Nummern erschienen - weil einige Mitherausgeberrepubliken ihren Finanzierungsverpflichtungen nicht nachkamen. Geplant ist jedoch für die nächste Zukunft: wöchentliches Erscheinen, Auflagenerhöhung, Umfangerweiterung und Abdeckung auch nichtökonomischer GUS-Fragen, Erscheinen auch in Sprachen des "fernen Auslands".¹

Wichtiger als diese Zeitung sollen aber - ähnlich wie bei den Föderationssubjekten - laut Vizepremier A. Schochin computergestützte Systeme für den Informationsaustausch zwischen den GUS-Ländern werden.² Der Verdacht liegt nahe, daß hier ein "einheitlicher Informationsraum" alter Art mit Zentrum in Moskau geschaffen werden soll.- Der einzige "einheitliche Raum", der im Bereich der GUS heute funktioniert - und zwar *weil* die anderen "einheitlichen Räume" nicht funktionieren - ist der "einheitliche kriminelle Raum", dem die Zeitung "SNG: obšèj rynok" in jeder Ausgabe eine ganze Seite widmet.

¹ Gazete uže god... (s. Anm. 66).

² Kako j ja vižu tu gazetu, in: OG, 15, 1994, S. 1.

Abkürzungsverzeichnis

AiF	=	Argumenty i fakty (Moskau)
BBC	=	British Broadcasting Corporation (London)
EM	=	Elektronische Medien
Gk	=	Gudok (Moskau)
GUS	=	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
Iz	=	Izvestija (Moskau)
Km	=	Kommersant (Moskau)
Koms.pr.	=	Komsomol'skaja pravda (Moskau)
Ku	=	Kuranty (Moskau)
KZ	=	Krasnaja zvezda (Moskau)
LG	=	Literaturnaja gazeta (Moskau)
ME	=	Megapolis Express (Moskau)
MK	=	Moskovskij komsomolec (Moskau)
MN	=	Moskovskie novosti (Moskau)
N	=	Nedelja (Moskau)
NG	=	Nezavisimaja gazeta (Moskau)
NeG	=	Novaja ežednevnaia gazeta (Moskau)
OG	=	Obščaja gazeta (Moskau)
Og	=	Ogonek (Moskau)
Pr	=	Pravda (Moskau)
R	=	Rossija (Moskau)
RF	=	Russische Föderation
RG	=	Rossijskaja gazeta (Moskau)
RL/RFE	=	Radio Liberty/Radio Free Europe (München, jetzt Prag)
RM	=	Russkaja mysl' (Paris)
RT	=	Rabočaja tribuna (Moskau)
RV	=	Rossijskie vesti (Moskau)
Sb	=	Sobesednik (Moskau)
Šeim	=	Šeit i meč' (Moskau)
Sg	=	Segodnja (Moskau)
Sov.Sport	=	Sovetskij sport (Moskau)
SR	=	Sovetskaja Rossija (Moskau)
ST	=	Stolica (Moskau)

SŽ	=	Sel'skaja žizn' (Moskau)
Tr	=	Trud (Moskau)
UR	=	Utro Rossii (Moskau)
V	=	Vek (Moskau)
VM	=	Veèernjaja Moskva (Moskau)
VOA	=	Voice of America
Z	=	Zavtra (Moskau)

Peter Hübner

**The Disintegration of the "Single Information Space"
in Russia and the former Soviet Union**

Part I: The press landscape

Bericht des BIOst Nr. 49/1995

Summary

Introductory Remarks

The "single information space" is an often nostalgically tinged concept of latter-day Russian political terminology used in the context of the efforts to re-integrate the CIS and to preserve the unity of Russia. The nostalgia relates to the Moscow-centred "single information space" which - based on the CPSU's monopoly on power and information - once stretched to Central Europe and East Asia, but which was never mentioned by Soviet politicians because its attributes - secret police, censorship, disregard for human rights - were harmful to the Soviet image. Since the 50s, this "single information space" has progressively crumbled. The main factors contributing to its breakdown were the emancipation of states in the Soviet sphere of hegemony, Western radio broadcasts, samizdat and the human rights movement, and glasnost, which peaked in the Soviet Mass Media Act of 1990. Because of the devastating effects glasnost was having on the system it was already severely reined in again as of 1987 by its erstwhile originator, M. Gorbachev. Nevertheless, glasnost eventually played a decisive role in the CPSU's loss of power and in the disintegration of the USSR. The latter marked a further stage in the fragmentation of the "single information space", which then continued with the enhancement of the status of the Russian subjects of federation (federal treaty of 1992, new Constitution of the RF 1993). Even today, this process of decay, which both caused and reflects the decline of Moscow's power, has not come to an end, neither within the RF nor within the CIS. Part I of the present report deals with the disintegration of the originally Moscow-centred press landscape in Russia and the former Soviet Union.

Findings

1. The decline of the Moscow press in the Russian provinces:

A poll conducted by the Russian Press Committee in mid-1994 revealed that the central Moscow press is hardly represented at all any more in provincial Russia. Its influence "ends at the Moscow circular highway". Today, the central press can do very little to help

save the "single information space" in Russia.

Apart from the de facto decentralization of the press landscape, the seed for which had already been sown in the 1990 Soviet Mass Media Act, the following reasons for the decline can be identified:

- *The universal drop in circulation:*

The extreme rise in the prices of press publications, which, as a result of the reforms (price liberalization, reduction of subsidies etc.), was triggered by increases in the production and distribution costs together with the devaluation of the currency and dwindling real incomes of large sectors of the readership, caused a massive drop in sales and circulation in general, especially among the readers of the central press in the provinces. This price increase is also the reason for the dramatic slump in subscriptions, traditionally very popular in Russia, and the increasing importance of direct selling. This structural change works in favour of the local press and against the central publishers, who are strongly oriented towards selling on the basis of supra-regional subscriptions.

- *Further handicaps for the central press in the provinces:*

Apart from the production costs for central newspapers which are three to four times higher than those for their regional counterparts, their distribution in the provinces is hampered by extremely high delivery costs, which can be as much as seven times the cost of the newspaper itself. The often arbitrary mailing rates imposed by the postal authorities and an increase of more than 10,000-fold (in nominal terms between 1991 and 1994) in the carriage rates the railways demand of the postal service have led to such severe price increases, coupled with an increasingly unreliable delivery in the provinces, that subscribers have been cancelling en masse. Against this background, alternative delivery systems are beginning to evolve.

- *A modest upswing in the provincial press:*

The regional and local press is benefitting from the decline of the central press in the provinces. In 1993, the daily circulation of the provincial press topped that of the central press by seven million copies; by 1994 that lead had already widened to 11 million copies. The provincial press profits from its greater topicality and its proximity to the provinces, which are administratively, economically, politically and mentally moving away from Moscow, interests to which the Moscow media hardly cater at all. The provincial press is politically unorthodox and often dependent on and at the beck and call of local administrations (as providers of funding and as co-founders), which is a cause of frequent criticism from Moscow. M. Poltoranin, Chairman of the Duma Committee on Information Policy, has long been campaigning to prohibit state institutions from founding print media at all, especially in order to reduce this dependence on the part of the provincial press. However, up to now bills to this effect have always been rejected both by the Federation Council and by the President, obviously in deference to the provincial administrations. Other measures proposed by Poltoranin's Committee in a Press Assistance Bill with the aim of strengthening the financial independence of the press ("National Development Fund", "State contracts", tax and other quasi-monetary benefits) have been blocked by the Federation Council and the President for fiscal and political reasons (rejection of the proposed new central institutions to promote the press). In his criticism of these decisions, Poltoranin pointed out that in the first half of 1995 1,520 periodicals in 72 Russian subjects of federation had gone out of circulation due to the lack of state assistance. However, on the whole, despite its

difficult financial situation, the provincial press has remained relatively independent as far as its content is concerned.

The withdrawal of the central press from the provinces has resulted in a growing ignorance of what is going on in Moscow and at the international level. Conversely, Moscow is very poorly informed about developments in the provinces, a fact which has been known to lead to serious errors in decision-making. In the long term, however, mass information networking between the centre and the provinces may improve again by means of modern information and communications technology, the beginnings of which can already be seen.

2. The withdrawal of the Moscow press from the "near abroad":

Apart from economic reasons (increasing cost of paper due to Russian export duties and the rise in paper prices to world market level as a result of growing exports and the penetration of foreign paper producers into the Russian market), this almost complete retreat from most of the states of the "near abroad" is due to the latter now giving priority to the development of the national media after decades of neglect. Then there are specific reservations against some Moscow publications: in the Baltic, Ukraine and Moldova against communist and neo-imperialist titles; in the less democratically oriented states of Central Asia and in Belarus against the democratic Moscow press.

Since April 1994, the periodical "SNG: Obshchii rynok" (CIS: Common Market), funded by 12 states of the CIS, has been attempting to combat the further disintegration of the former Moscow-orientated single press information space, initially by promoting and propagating economic re-integration on the basis of reliable information from the states of the CIS. Despite some difficulties in getting started (tardy funding by some of the sponsor states), the paper is intended - according to Moscow's plans - to appear on a regular weekly basis and in larger numbers - and also in languages of the "far abroad". In the longer term, however, the intention is to set up computer-assisted information exchange systems between the states of the CIS - with the same objective of re-integration.